

# Danziger Zeitung.

№ 10 054.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Reichenbergergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Zeitspalt oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Petersburg, 20. Nov. Nach hier eingelaufenen authentischen Nachrichten nahm die Türkei die Konferenz ohne Vorbedingungen an.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Rom, 19. Nov. Der König hat heute die Vertreter Russlands und der Türkei empfangen. Letzterer überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

London, 19. Nov. Das Gerücht, das Gesetz über die Fabriken sei in Bezug auf das königliche Arsenal aufgehoben und die in demselben beschäftigten Knaben würden in Folge des dringenden Bedarfs an von ihnen anzufertigender Munition verhindert, den Schulunterricht zu besuchen, ist der „Observer“ ermächtigt, für unbegründet zu erklären. Die größere Fabrikation von Patronen sei allein durch die Einführung des Martini-Henry-Gewehrs und aus keinem anderen Grunde veranlaßt worden.

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Kairo vom heutigen Tage gemeldet wird, sind Götzen und Joubert nach Europa abgereist, nachdem dieselben die Grundlagen für die Regelung der Darach-Anleihe festgelegt und den Uebständen, über welche sich die anglo-ägyptische Bank beklagt hatte, zu deren Zufriedenheit abgeholfen haben.

Petersburg, 19. Nov. Die bereits angekündigte Publication betreffend die Emission von 100 Mill. Rubel Bankbills ist nunmehr erfolgt. Auf Grund Kaiserlicher Verordnung vom 6./18. November erfolgt eine Subscription auf die vierte Emission 5 procent. Bankbills im Betrage von 100 Mill. Rubel: Stüde 100—5000 Rubel, Emissionscours 92 pSt. Subscriptionstage: 9/21., 10/22., 11/23., 12/24. November, Subscriptionstelle: Staatsbank in Petersburg.

Bukarest, 19. Nov. Bei Empfang der Deputation, welche die von der Deputiertenkammer votierte Adresse auf die Thronrede überreichte, äußerte Fürst Karl: So beunruhigend die gegenwärtige Situation auch sei, so glaube er doch, daß Rumänien dieselbe durch Einigkeit überwinden werde und daß das Land, gestützt auf die Garantien, seine Rechte und seine Integrität bewahren werde.

New-York, 18. Nov. Die Aufsichts-Commission der Wahlen in Süd-Carolina hat ihren Bericht erstattet. Nach demselben hat Hayes die Majorität. Die Demokraten protestiren gegen die Wahl, weil in der Commission Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

## Reichstag.

11. Sitzung vom 18. November.

Special-Discussion der Civilprozeßordnung. Berichterstatter Abg. Becker (Oldenburg): Die Commission nahm an, daß das Interesse des Reichstages sich bei diesem Gesetz nicht wie bei der Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung auf das Einzelne beschränke, sondern allein auf das Ganze concentriren werde. Erwägt man außerdem, daß die Details dieses Gesetzes vorzugsweise nur Juristen interessieren und bei einem so einheitlichen Werk eine Detailberatung im Reichstag ihre besondere Schwierigkeiten und Gefahren mit sich führt, so werden Sie es gerechtfertigt finden, wenn ich hier von einer Gegenüberstellung und Darlegung der verschiedenen in der Commission hervorgehobenen einzelnen Wünsche, Aufsichten und Abänderungs-Anträge Abstand nehme, und in dieser Beziehung lediglich auf die ausgezeichnet geführten Protokolle unseres Berichtes verweise. Die heute gestellten Abänderungsanträge sind eine Wiederaufnahme einzelner früher von der Commission selbst getheilter Ansichten. Da sie jedoch verhältnismäßig unbedeutende, mehr technische Punkte umfassen, hat die Commission gegenüber dem Widerspruch der Bundesregierungen und um bei so wichtigen Fragen, wie sie uns in dem Organisationsgesetz und der Strafprozeßordnung noch bevorstehen, Ihre Zeit nicht zu kürzen, in diesen Punkten nachgegeben und empfiehlt dem Hause ein Gleiches, damit der Reichstag womöglich mit Einstimmigkeit den ersten größeren Schritt thut, zur Erfüllung eines der höchsten Wunsche der deutschen Nation: ein deutsches Recht in deutschen Landen! (Weifall.)

Abg. Herz: Ich habe mit einigen meiner politischen Freunde einen Antrag gestellt, der bezweckt, die Eidesformel zu ändern. Um nun meinerseits die Eides-Annahme dieses Gesetzes zu ermöglichen, erkläre ich, daß ich dieses Amendement für jetzt zurückziehe. Diese Zurücknahme enthält aber keineswegs einen Verzicht. Denn ich habe ein ähnliches Amendement zu § 38 des Gerichtsverfassungsgesetzes gestellt, und wird dasselbe dort angenommen, so wirkt das auch selbstverständlich auf den betreffenden Paragraphen der Civilprozeßordnung zurück, und es wird außerdem keinen Anstand haben, das Amendement bei der dritten Lesung zu wiederholen.

Abg. Windthorst: Meinen rühmt die große Tüchtigkeit der vorliegenden Arbeit, was indessen nicht ausschließt, daß in einzelnen Theilen Deutschlands eine Prozeßordnung existirt, welche Vorrüge vor dieser Arbeit besitzt. Allein wenn man eine gemeinsame Civilprozeßordnung will, und es nicht thöricht ist, einzelne Landes-theile davon auszunehmen, so entsteht die Frage, ob man die Vorrüge, die man in diesem oder jenem Landestheile gegenüber dem neu einzuführenden Gesetz antreibt, so hoch anschlagen darf, um dieselben der Allgemeinheit nicht zum Opfer zu bringen. Ich muß diese Frage verneinen und erkläre mich demgemäß zu einem solchen Opfer bereit. (Weifall.) Es giebt eine Reihe von Bestimmungen in dieser Prozeßordnung, die ich entschieden abgelehnt zu sehen wünsche, dahin gehört der § 330, der von der Vernehmung des Reichsanzlers, der Minister und anderer hochgestellter Leute handelt. Ich kann die Ausnahmungsprivilegien, die diesen bei ihrer Vernehmung hier bewilligt sind, nicht gutheißen, sehr vielmehr darin eine Verletzung der Rechte Anderer und auch politische Gefahren. Indessen will ich wegen dieses Punktes der Eides-Annahme nicht ent-

gegentreten, sobald der Referent mir die Erklärung giebt, daß wenn bei der Strafprozeßordnung diese privilegierte Vernehmung fallen sollte, ihre Befreiung auch in der Civilprozeßordnung in dritter Lesung gestattet bleibt. Das zweite Bedenken bezieht sich auf den Abschnitt, der von dem Verfahren in Eidesachen handelt. Meine politischen Freunde und ich haben gegen die Einführung des Rechtsgeschäfts, das man die Civilehe nennt, aus erklären müssen und wir geben diesen Widerspruch auch heute nicht auf. Wir halten nach wie vor ihre Einführung für eine schwere Schädigung kirchlicher Interessen. Inzwischen müssen wir es als folgerichtig anerkennen, daß, sobald das Eherecht einmal zu einer rein bürgerlichen Rechtsfrage gesetzlich gemacht ist, man dafür auch ein gerichtliches Verfahren constituirte. Wir sind daher auch bei diesem Punkte entschlossen, einen Widerspruch nicht zu erheben, erklären aber, daß wir damit in keiner Weise irgend etwas von dem aufgeben, was wir in Bezug auf die Ehefrage vertheidigt haben und immer vertheidigen werden. Wir wollen durch unsere Zustimmung auch in diesem Punkte ein Zeugnis geben, daß wir von vorn herein nicht gewillt sind, das gemeinsame Werk zu stören. (Beifall.)

Ref. Becker kann dem Vordruck auf seine Anfrage erwidern, daß aus der Eides-Annahme der Civilprozeßordnung in zweiter Lesung noch kein Schluss dahin gemacht werden könne, als ob die hier in Rede stehenden Bestimmungen bereits auch für die dritte Lesung angenommen sind.

Bundesbevollmächtigter Leonhardt: Die verbündeten Regierungen haben allen Grund, der Justiz-Commission ihren besonderen Dank auszusprechen, daß sie die Civilprozeßordnung einer so umfassenden und gründlichen Prüfung unterzogen hat. Darüber dürfen wir uns jedoch nicht täuschen, daß dies Gesetz Gefahren in sich birgt. Dasselbe beruht auf dem Grundsatze der absoluten Mündlichkeit des Verfahrens und der Unmittelbarkeit der Entscheidungen der Gerichte. Man kann nun ein sehr warmer Freund des reinen Prinzips der Mündlichkeit sein, — ich selbst gehöre zu diesen Freunden, — und sich doch der Erwägung nicht verschließen, daß die Mündlichkeit neben ihren großen Vorzügen auch gewisse Nachteile in sich schließt, die schwer zu überwinden sind. Nämlich, weder im römischen Recht, noch in der hannoverschen Prozeßordnung treffen Sie den Grundsatze der Mündlichkeit in einer solchen Schärfe wie hier durchgeführt an. Trotz der Bedenken bin ich jedoch weit entfernt zu meinen, daß die Civilprozeßordnung in dieser neuen Gestalt sich nicht bewähren könne. Man wird, wenn sie zuerst ins Leben tritt, gewiß viele Klagen hören: ich bin aber überzeugt, daß dieselben immer mehr abnehmen, je mehr man sich in die neue Ordnung hineinlebt hat. Sodann aber liegt ein ganz entscheidendes Moment für die Wirksamkeit der neuen Ordnung in der richtigen Regelung der Anwaltschaftsverhältnisse. (Sehr wahr! links.) Erst wenn diese Regelung in der richtigen Weise erfolgt, können die Bedenken, die jetzt gegen das neue Gesetz noch obwalten, als beseitigt erscheinen.

Abg. Hänel: Auch wir gehen aus von der hohen Achtung vor der Arbeit, die uns vorgelegt worden. Aber auch die Bedenken muß ich vollkommen theilen, die der Vordrucker hervorhob. Vor allem ist es die Einrichtung, daß das ganze Verfahren ohne jede Cäsur bis zum Endurtheil vor sich geht, welche Gefahren in sich schließt. Ich persönlich und eine Anzahl meiner politischen Freunde glauben entschieden, daß wir hier zu dem Beweisurtheil nach dem Muster der hannoverschen Prozeßordnung greifen müßten. Wir wollen aber nicht die Verantwortung übernehmen, durch Stellung von Anträgen das Zustandekommen des großen Werkes in dieser Session zu erschweren. Aber auf das Nachdrücklichste muß ich hervorheben, daß die Hoffnung auf Vermeidung der großen Bedenken nur dann in uns erwacht und befestigt werden kann, wenn uns für die Unabhängigkeit und Tüchtigkeit des Richterstandes und für die Tüchtigkeit der Anwaltschaft alle notwendigen Garantien gegeben werden. (Sehr wahr! links.) Nur wenn der Bundesrath uns zur Verbeiführung dieser Bedingungen die Hände reicht, werden wir es mit Freunden begrüßen können, wenn wir heute zu einer Eides-Annahme gelangen und in der dritten Lesung diese Art der Geschäftsbehandlung fortsetzen. (Beifall.)

Abg. v. Donimirski besteht darauf, daß über seinen Antrag, den ersten Absatz des § 137 der Civilprozeßordnung („Das Gericht kann Parteien. Bevollmächtigten und Beiständen, denen die Fähigkeit zum geeigneten Vortrag mangelt, den weiteren Vortrag untersagen“) zu streichen, besonders abgestimmt werde.

Abg. Reichenperger (Alpe): Ich befinde mich zwar mit mehreren Hauptprinzipien des Entwurfs nicht in Uebereinstimmung, verzichte aber auf eine Specialberatung der einzelnen Paragraphen, weil von meinem Widerspruch ein praktisches Resultat nicht zu erwarten steht. Im entschiedensten Gegenfalle befinde ich mich zu der Bestimmung, daß die in den Einzelstaaten bestehenden Beschränkungen des Zeugniszwanges aufgehoben sind. Die beispielsweise im rheinisch-französischen Recht geltende Vorschrift, daß bei Objecten über 150 Francs der Beweis nicht bloß durch Zugen geführt werden könne, hat sich im Interesse der Rechtssicherheit bewährt und hätte daher aufrecht erhalten werden sollen. Der Gedanke der Rechtseinheit muß dem Interesse der Rechtssicherheit gegenüber zurücktreten. Sodann bedauere ich, daß das System des Manifestationseides, durch welches der Schuldner in der Form des Eides selbst zum Executor gemacht wird, in das Gebiet des rheinisch-französischen Rechts übertragen wird.

Abg. Hilke: Meine politischen Freunde und ich werden im Interesse der Rechtseinheit für die Eides-Annahme der Civilprozeßordnung sans phrase stimmen.

Abg. Miquel: Eine Eides-Annahme kann meines Erachtens nur den Sinn haben, daß alle Paragraphen in zweiter Lesung angenommen werden, so daß ein Zurückkommen auf die einzelnen Fragen in dritter Lesung immer noch möglich ist. Ich halte deshalb den Vorschlag des Abg. Windthorst für selbstverständlich. Dasselbe gilt von dem Antrag des Abg. Herz.

Präsident v. Jordan: Die Eides-Annahme würde allerdings nur die Bedeutung haben, daß in der zweiten Lesung alle Paragraphen genehmigt sind. Für die dritte Lesung bleiben die sämtlichen geschäftsordnungsmäßigen Rechte vorbehalten.

Zunächst wird nun der Antrag des Abg. v. Donimirski zur Debatte gestellt, jedoch nach einer kurzen Motivirung von dem Antragsteller auf den Wunsch des

Abg. Windthorst für die zweite Lesung zurückgezogen. Hierauf wird die Civilprozeßordnung fast einstimmig in zweiter Lesung en bloc angenommen. Dagegen stimmen nur einzelne Abgg., wie v. Armin, Reichenperger (Greifeld), Simonis, Most.

Fortsetzung der zweiten Verlesung des Entwurfs eines Gerichtsverfassungsgesetzes. — Die Commission hat der Regierungsvorlage einen neuen Titel vorgeschickt, der vom Richteramt handelt. Die Fähigkeit zum Richteramt wird durch die Ablegung zweier Prüfungen erlangt. Zwischen der ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von 3 Jahren liegen, welcher im Dienst bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten zu verwenden ist, auch zum Theil bei der Staatsanwaltschaft verwendet werden kann. — Abg. Dr. Zinn hat beantragt, die Beschäftigung bei den Rechtsanwälten nicht obligatorisch zu machen, sondern die Möglichkeit einer Dispensation davon zuzulassen. Er hat den Antrag nur gestellt, um der Regierung, Gelegenheit zur Meinungsänderung zu geben; er zieht denselben nunmehr zurück. — Justizminister Leonhardt spricht sich für den Antrag aus, indem er darauf hinweist, daß bei der obligatorischen Vorschrift der Commissionsvorlage leicht ein Nothstand entstehen könne, d. h. eine Dispensation nöthig machen würde. — Abg. Gneist will durchaus keine Dispensation gestatten, da sonst die Ausbildung der Juristen für das Richteramt und die Advokatur nicht vollständig sei. — Die Abgg. Hänel, Windthorst und v. Schöning protestiren auf das Entschiedenste dagegen, daß nach den Commissionsvorschlägen, eine Dispensation für einen Nothstand möglich wäre. — Abg. Lasker nimmt den Zinn'schen Antrag wieder auf, um die Ansicht der Regierung auch zur Abstimmung zu bringen. — Der Antrag wird jedoch mit sehr großer Majorität abgelehnt. Für denselben stimmen nur 5—6 Abgg., darunter Weseler und Römer (Württemberg).

Es werden nunmehr die folgenden Paragraphen zur Debatte gestellt:

§ 1. Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit. § 2. Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Eigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gehältern. § 3. Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amtes entbunden oder an eine andere Stelle oder in Aufstand versetzt werden. Die vorläufige Amtsenthebung, welche kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt. Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte unter Befassung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung verfügt werden. § 4. Wegen Vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegeld oder Ruhegehalt, darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden. — Hierzu beantragt Abg. Reichenperger (Alpe) dem § 4 hinzuzufügen: „Richter dürfen, so lange sie im richterlichen Amte stehen, nur solche Titel führen, welche mit ihrem Amte als solchem verbunden sind, und Orden und Ehrenzeichen nicht annehmen. Die Fortführung von Titeln und das Tragen von Orden und Ehrenzeichen, welche vor Eintritt in das Richteramt oder vor Geltung dieses Gesetzes erworben waren, und die Annahme der für kriegerische Verdienste verliehenen Orden oder Ehrenzeichen werden hierdurch nicht berührt.“

Der sächsische Justizminister Abeken bittet um Ablehnung des § 4. Solche Specialitäten sollten der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Daß man auf diesem Wege fortfahren möchte, scheint schon der Antrag Windthorst zu zeigen, der den Landesherren beschränken will in der Verleihung persönlicher Ehrenbezeichnungen. Der erste Schritt, den das Reich in dieser Beziehung thut, ist ein starker Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten; denn wenn die Justizbeamten aus dem Einzelstaate herausgelöst werden, so fällt die Justizhoheit desselben zusammen.

Referent Miquel: Die Commission hat sich streng innerhalb der Kompetenz des Reiches gehalten und die Justizhoheit der Einzelstaaten nicht angetastet. Die Gerichtsorganisation ist nur insoweit Sache des Reiches, als sie aus der Prozeßur folgt. Können nicht einem unabhängigen Richter ganz andere Pflichten und eine größere Verantwortlichkeit auferlegt werden, als einem abwechselnden und disciplinirbaren Richter? Materiell kann gegen diese Bestimmung gar nichts eingewendet werden: ist zur Sicherstellung einer guten Rechtsprechung erforderlich, und über das Verfahren derselben steht dem Reich nach Art. 4 Nr. 13 die Kompetenz zu.

Abg. Windthorst glaubt, daß für ein besonderes Gerichtsverfassungsgesetz keinerlei Bedürfnis vorliegt. Eine notwendige Aenderung können sehr wohl in der Civil- und Strafprozeßordnung herbeigeführt werden. Ich würde es deshalb am liebsten sehen, daß das ganze Gesetz wieder zurückgezogen würde. Was unsere Anträge anbelangt, so geht der erste dahin, daß die Richter keine Remunerationen erhalten sollen. Ich gebe zu, daß es in einzelnen Fällen nützlich sein kann, wenn der Justizminister das Recht hat, Remunerationen zu gewähren, z. B. bei Unglück in der Familie u. s. w. Aber diese Schwierigkeiten scheinen mir zurücktreten zu müssen gegen den großen Satz: es ist nach Möglichkeit die Unabhängigkeit der Richter zu wahren, und zwar sowohl in Bezug auf ihre Person, als auch in dem öffentlichen Glauben des Landes. Wenn die Richter wissen, daß der Justizminister in der Lage ist, ihnen Gratifikationen zu bewilligen, so ist es natürlich, daß die Beamten bestrebt sein müssen, dem Justizminister sich liebendwürdig zu machen. Von unserem zweiten Antrag hatte ich von vornherein wenig Hoffnung, daß er bedeutenden Anklang finden werde, weil in einem großen Theile des Reiches das Ordens- und Titelmwesen in der höchsten Blüthe steht. Wenn man aber sich die Stufenleiter vom Referendar durch den Assessor zum Justizrath, Geh. Justizrath, Wirtl. Geh. Justizrath, Geheimrath, Excellenz und die Herren, welche die Titel und Orden erhalten, sich anschaut, so kommen einem doch ernste Bedenken (Heiterkeit); man kann oft beim besten Willen nicht einsehen, weshalb der oder jener junge Mann einen Orden oder Titel bekommen hat (Heiterkeit), während ein ergrauter Richter fortwährend übergegangen wird. Ich glaube, daß auf diese Weise der Justizminister einen Einfluß auf die Beamten ausüben kann, der nicht zu billigen ist. Es ist ja unzweifelhaft in Deutschland eine gewisse Ordenssucht, für den Richter muß aber der

höchste Orden in der Ehre seines Amtes liegen und in dem Bewußtsein, Recht gesprochen zu haben, ohne nach einer Seite vom geraden Wege abzuweichen zu sein. Darin, daß ich den Richterstand so hoch stelle, liegt das Motiv zu unserm Antrage. Nun erklärt man denselben für eine Beschränkung der landesherrlichen Rechte und des monarchischen Prinzips. Ich kann dies unmöglich finden, denn ich sehe das monarchische Prinzip nicht darin, daß der Landesherren dem Richter Orden verliehen kann; und ich glaube auch, daß einen derartigen Beschlus des Reichstages kein Landesherren als Beschränkung seiner Rechte ansehen wird. Ich bin allerdings überzeugt, daß mein Antrag abgelehnt werden wird, ich kann mich aber damit trösten, daß ich gleichwohl keine Niederlage erlitten habe.

Justizminister Leonhardt: Der Antrag Reichenperger hat in der Theorie eine gewisse Berechtigung, aber wir stehen auf dem Boden der nothwendigen Wirklichkeit. Ich bin seit 28 Jahren im Justizverwaltungs-dienst und bin von nichts mehr überzeugt, als daß man dem Justizminister das Recht in die Hand geben muß, Gratifikationen zu bewilligen. Es tritt in der Praxis so oft großes Unglück auf, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß, und in hannoverschen Diensten hat der Minister Windthorst ebenso wie jeder andere Minister kein Bedenken getragen, Gratifikationen zu gewähren. (Heiterkeit.) Ich bin weit entfernt zu behaupten, daß der Minister Windthorst Mißbrauch hiermit getrieben habe, ich will ihm sogar bezeugen, daß er ein äußerst rechtschaffener Minister gewesen ist, was er hoffentlich von mir auch annehmen wird (Windthorst verbeugt sich). Große Heiterkeit; aber ich kann nur betonen, daß ich trotz meiner langen Dienstzeit keinen Richter gefunden habe, dem gegenüber ich das Gefühl gehabt hätte, als könne er dem Justizminister zu Willen sein. Wenn die Richter so gestellt werden könnten, daß sie auch für außerordentliche Fälle gebietet sind, so würde auch ich sagen: fort mit der Gratifikation! Da das aber nicht der Fall ist, so muß dem Justizminister das Recht verbleiben, außerordentliche Remunerationen zu gewähren. Allgemeine Behauptungen über mißbräuchliche Verwendungen aufzustellen, ist sehr leicht; wenn Jemand wirklich Einzelfälle anzuführen hat, so mag er damit hervortreten, und es wird möglich sein, ihm darauf zu antworten. (Beifall.)

Abg. Gneist: Der sächsische Justizminister besteht darauf, daß die Anstellung im Richteramt zur Nachvollkommenheit der Landesherren gehöre. Die Entscheidung der Frage, was zu dem bestetzten Gericht gehört, war aber niemals Sache der Landesherren. Kein Kurfürst von Brandenburg oder Sachsen, kein König von Preußen oder Sachsen hat je die Kompetenz gehabt, diese Dinge nach seinem persönlichen Ermessen zu bestimmen, selbst nicht mit Zustimmung der Landstände. Vielmehr beruht das, was zu dem bestetzten Gerichte gehört, auf festen Gründen auf Rechtsverordnungen der Nation, der Landesherren. Die Anforderungen, die wir in dieser Beziehung stellen, beruhen so sehr auf gemeinem Herkommen und gemeinen Rechtsverordnungen, daß sie durch die Landesgesetze oder Reichsgesetze stets nur declarirt, niemals willkürlich gestaltet sind. Daß die Unabhängigkeit der Richter zu einem gehörig bestetzten Gerichte gehöre, haben wir bis 1806 auch äußerlich sehen können. Sätte ein deutscher Landesherren bis zum Jahre 1806 angestellte Richter auf Zeit oder auf Kündigung in die Gerichte versetzt, so würde eine solche Entscheidung faßlich worden sein. Wenn unsere deutsche Reichseinheit nicht dahin führen soll, daß wir heute wie seit 1000 Jahren im Stande sind, zu sagen, zu einem ordentlich bestetzten Gerichte gehören absolut diese wesentlichen Bestandtheile, die die Unabhängigkeit des Richterstandes garantiren, dann sparen wir uns die sämtlichen Gesetze, denn ohne diese Garantie sind sämtliche Justizgesetze werthlos (Beifall), und wenn die Majorität des Bundesraths der Ansicht sein sollte, daß Richter auf Zeit zur Disposition gestellt oder auf Widerruf angestellt werden können, so würde ich die dringende Mahnung an das Haus richten, diese Gesetze nicht zu beraten, sie haben keinen Boden. Wir declariren hier nur die Schranke, über die keine deutsche Regierung hinausgehen darf und ohne die wir keine deutsche Regierung als rechtmäßig regierend anerkennen. Was die Amendements betrifft, so sollten wir uns doch hüten, mit so heftigen Beschränkungen, wie sie hier gegeben werden, gegen den Richterstand vorzugehen. Hätten wir so schlimme Erfahrungen gemacht wie England mit einer wenigstens zeitweise bodenlosen Justiz, so könnten wir von unserem Nachbarlande lernen, daß man die Correctur dem Schlichtheitsgefühl und der öffentlichen Meinung überläßt. Unsere Nachbarn haben die Bestimmung, daß hochgestellte Richter keine Ordenszeichen haben sollen, stillschweigend durch die Dienstpragmatik gesegelt; aber sie haben nicht durch ein expressives Gesetz für solche Dinge, die das Reservatrecht des Landesherren berühren, solche Bestimmungen getroffen. Ich denke, solche Dinge machen sich stillschweigend und man sichert die Justizverfassung dann, wenn man das Wesentliche festhält, aber nicht durch Agitation als Gegengewicht gegen menschliche Eitelkeit und Schwäche. (Beifall.)

Abg. v. Schöning: Auch ich hätte mit meinen conservativen Freunden gewünscht, daß in dem Gerichtsverfassungsgesetz für eine so ausreichende Dotirung der Richter geltend gemacht wäre, daß es weiterer Remunerationen nicht bedürfe, gleichwohl halte ich es für notwendig, die Möglichkeit offen zu halten, daß ein Richter bei Gelegenheit eines Unglücksfalles eine Unterstützung bekomme. Dem Abg. Windthorst, welcher die Richter gegen den Einfluß von oben schützen will, möchte ich bezeugen, daß er sie auch gegen den Einfluß nach unten schützen sollte. Der Richter soll auch nicht die Volksgunst hofen und deshalb sollte er auch nicht an der Volksvertretung Theil nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Reichenperger (Greifeld): Mit dem Ausdruck „Gratifikation“ sind in dem Antrage nicht Unterstellungen bei Unglücksfällen, auch nicht Remunerationen für Leistungen im Dienste gemeint, sondern andere Zuwendungen, über deren Natur ich mich hier nicht näher aussprechen will, privatim dem Herrn Justizminister aber Mittheilungen zu machen gern bereit bin. Sodann bemerke ich noch dem Abg. Schöning, daß in der Theilnahme an der Volksvertretung keine Sucht nach Popularität liegt. Der Beruf eines Abgeordneten kann den Richter wohl populär, aber auch sehr mißliebig machen, je nachdem er zu der Majorität gehört oder nicht.

Darüber Justizminister Fänstle: Seit Jahren ist in diesem Hause kein Streit mehr darüber, daß alle



Institutionen, welche das Gerichtsverfassungsgesetz enthält, durchaus notwendig sind, wenn die Prozessordnungen überhaupt lebensfähig sein sollen. Die Hauptbestimmungen über diese Institute sind schon in den zur Zeit geltenden Prozessordnungen der Einzelstaaten, namentlich auch in den bairischen, enthalten. Wenn aber die verbandelten Regierungen es vorgezogen haben, diese Vorschriften in einem Gesetze, dem Gerichtsverfassungsgesetze, zu vereinigen, so lag der Grund nur darin, daß zwei Prozessordnungen zu machen waren, eine Zivilprozessordnung und eine Strafprozessordnung. Um nicht in jeder daselbe sagen zu müssen, sind jene Bestimmungen in das Gerichtsverfassungsgesetz aufgenommen worden.

Abg. Hänel: Ich freue mich, daß der bairische Justizminister es offen ausgesprochen hat, daß die von der Commission vorgeschlagenen Bestimmungen durchaus notwendig sind. Die Zusatzeanträge der Abg. Reichensperger und Windthorst halte ich jedoch für durchaus nicht so unbedingt, wie der Abg. Gneist. Auch ich meine, daß unter „Gratification“ nicht Unterstufungen bei Unglücksfällen zu verstehen sind, sondern andere Zuwendungen, die eine dergleichen äußere Veranlassung nicht haben. Und solche Gratifikationen geben in der That im Volke Anlaß zu Zweifeln, ob dadurch nicht die Rechtsprechung beeinträchtigt werde. Solche Zweifel werden nicht bloß von Leuten, die einer radicalen Richtung angehören, ausgesprochen. Der verstorbene Abg. v. Mohl hat sich öfters sehr lebhaft gegen Titel und Orden erklärt. Das System der Verleihung von Orden und Titeln führt dazu, daß in der allgemeinen Meinung der Eindruck mächtig wird, es werde doch in vielen Fällen eine persönliche Beeinflussung geübt. Der Richter thäte aber gut auch den Schein zu vermeiden, als ob er einer persönlichen Beeinflussung zugänglich wäre.

Nachdem der Referent Miquel die unveränderte Annahme der Vorlage empfohlen hat, werden die §§ dieses Titels pure genehmigt. Für den Antrag des Abg. Reichensperger stimmen nur das Centrum und die Fortschrittspartei, sowie die Abg. Sonnemann und Most; für den Antrag des Abg. Windthorst außerdem noch die Abg. Gaupp (national-liberal), Frh. Varnbühler und Lucius (Deutsche Reichspartei).

Es folgt Tit. 1: „Gerichtbarkeit“, dessen § 1 bereits gestern erledigt ist. — § 2 lautet: „Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist, oder reichsrechtlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.“ — Abg. Hänel hätte gewünscht, daß die Commission die Befugnis der Landesgesetzgebung, bürgerliche Streitigkeiten dem ordentlichen Verfahren zu entscheiden, durch das Erfordernis des Nachweises, daß ein öffentliches Interesse concurrenzt, eingeschränkt hätte, und daß in Strafsachen diese Befugnis der Landesgesetzgebung niemals eingeräumt werde. Ref. Miquel bestritt, daß durch die Forderung des Nachweises, daß ein öffentliches Interesse concurrenzt, die gegenwärtige Unklarheit und Unsicherheit beseitigt werde. — § 2 wird in der Fassung der Commission angenommen.

§ 3 zählt die gesetzlich zugelassenen besonderen Gerichte auf, von diesen hat die Commission die Gemeinderichte gestrichen. Hierzu beantragen Abg. Blum u. Gen.: Die Regierungsvorlage: „Gemeinderichte, insoweit denselben die Entscheidung über vermögensrechtliche Ansprüche obliegt, deren Gegenstand in Geld oder Geldeswerth die Summe von sechzig Mark nicht übersteigt“ wiederherzustellen mit folgendem Zusatz: „jedoch mit der Maßgabe, daß gegen die Entscheidung der Gemeinderichte das Rechtsmittel einer Berufung an die ordentlichen Gerichte stattfindet und daß der Gerichtsbarkeit des Gemeinderichts, als Kläger oder Beklagter, nur Personen unterworfen werden dürfen, welche in der Gemeinde des Wohnsitzes, eine Niederlassung, oder, im Sinne der §§ 18, 21 der Civilprozessordnung, den Aufenthalt haben.“ — Abg. v. Cuny stellt hierzu den Unterantrag: „Die Gemeinderichte zugulassen mit der Einschränkung, daß ihre Urtheile erst rechtskräftig werden, wenn innerhalb einer gesetzlich festgesetzten Frist nicht die Beschweitung des ordentlichen Rechtswegs bei dem competenten Gericht angemeldet ist.“

Referent Miquel betont, daß in Baden und Württemberg, wo Gemeinderichte existiren, die Meinung über deren Nutzen getheilt sei und sich anderswo kein Bedürfnis dazu herausgestellt habe. Den Gemeinderichten fehle oft die nöthige Unabhängigkeit und für die auch bei kleinen Objecten vorfindenden Schwierigkeiten Fragen die erforderliche Intelligenz. Sie verstoßen gegen den Grundgedanke der deutschen Justiz, daß Recht gesprochen werden solle von angestellten ständigen und rechtskundigen Richtern. Wenn die Entscheidung des Gemeinderichts eine unpräjudicialische ist und erst Rechtskraft erlangt, wenn innerhalb einer gesetzlich bestimmten Frist dagegen nicht Einspruch bei dem competenten Gerichte erhoben wird, so daß die Hauptthätigkeit der Gemeinderichte im Sühneversuch bestehe, so könne man sich allenfalls damit befriedigen; jedenfalls sei der Cuny'sche Antrag der relativ beste.

Abg. Bölder (als Mitantragsteller des Blum'schen Antrages) erklärt sich eventuell mit dem Unterantrage von Cuny einverstanden, verteidigt aber principiell die Gemeinderichte mit ihren Vorzügen, daß sie die geringsten Kosten verursachen und den Parteien das Verlassen ihres Wohnsitzes ersparen. In ihnen würde das Prinzip der Heranziehung der Laien zur Rechtsprechung zum klaren Ausdruck gebracht und daher erkläre sich die Opposition der Juristen. Die Gemeinderichte seien innig verknüpft mit der historischen Entwicklung und der communalen Gesetzgebung der süddeutschen Staaten, deshalb bitte er, dieselbe aufrecht zu erhalten.

Abg. Blum: Sein Antrag bezwecke nur, die Entscheidung über die Fortexistenz der Gemeinderichte noch offen zu lassen. Western habe man dem Prinzip der Laienbetheiligung in den Handelsgerichten sich günstig gezeigt, man solle sich heute wenigstens nicht direct gegen die von ihm und seinen Freunden verteidigte Institution aussprechen, die eine segensreiche Wirkung gehabt habe und beim Volke sich einer großen Beliebtheit erfreue. Das zeige schon die große Anzahl der von den Gemeinderichten gefällten Urtheile, die von den Amtsgerichten bei Berufungen in größerer Zahl bestätigt würden, als die Urtheile der Amtsgerichte von den Appellationsgerichten.

Abg. Roemer (Württemberg) ist ein entschiedener Gegner der Gemeinderichte; sie hätten nur als politisches Agitationsmittel gedient und sollten auch diesmal bei den Landtags- und Reichstagswahlen wieder dazu verwendet werden.

Abg. Schmid (Stuttgart): Die Gegner der Gemeinderichte seien nur Juristen der strengsten Orthodoxie, und sogar ziemlich bedeutende Juristen hätten sich lobend über diese Art der Justizpflege ausgesprochen. Die Gemeinderichte seien so eng mit der Gemeindegliederung verknüpft, daß es sich nicht empfehle, sie aus derselben herauszuschälen. Es ist nicht Particularismus, wenn er für diese Institution eintrete, sondern er beruhe sich lediglich auf deren Zweckmäßigkeit und Beliebtheit. Daß die Württemberger der neuen Rechts-einheit aus Opfer bringen, zeige ihre Bereitwilligkeit in der Aufhebung ihrer vortrefflichen Klagen in Schuldsachen. Schließlich verwahrt sich der Redner auf das Entscheidende dagegen, daß diese Gemeinderichte lediglich politischen Zwecken dienen sollten.

Abg. Lasker: Es handelt sich darum, ob man die Gemeinderichte an die Stelle der ersten Instanz setzen will. Wegen dieser Absicht hat sich die Commission

entschieden ausgesprochen. Es war aber eine Neigung vorhanden eine solche Gerichtsinstitution wenigstens am Leben zu erhalten, die eine Art Vorentscheidung liefere, wie dies der Antrag Cuny bezweckt. Die Sache kam aber in der Commission nicht ganz zum Austrag. Der preussische Justizminister sagte, ein solcher Antrag sei überflüssig, weil auch ohne eine derartige Bestimmung die einzelnen Regierungen das Recht hätten, derartige Institutionen zur Vorentscheidung zu errichten. Ich meinerseits glaube, daß keine Particularregierung ohne Weiteres berechtigt sei, derartige Einrichtungen neu zu schaffen, und empfehle Ihnen deshalb den Antrag Cuny, der dem thatsächlichen Bedürfnis am besten entspricht.

Geb. Rath Kurlbaum II. ist der Ansicht, daß die Ablehnung des Antrags jedenfalls der Frage der Fortexistenz derartiger Institutionen zur Vorentscheidung von Rechtsfällen nicht präjudicire und besonders auch auf entsprechende Einrichtungen in Preußen nicht wirken könne.

Abg. Gaupp erklärt sich in lebhaftester Weise gegen die Gemeinderichte, deren Urtheile nicht werth seien, und nicht an den Sach- und Schwabenspiegel, sondern an einen andern Spiegel erinnerten den er nicht nennen wolle. Die Agitation für die Gemeinderichte sei eine rein politische, was auch der Abg. Schmid dagegen einzuwenden habe. Außerdem habe die württembergische Regierung diese Gerichte selbst als schlecht verworfen und zwar in den Motiven zur neuen württembergischen Civilprozessordnung.

Bundesbevollmächtigter für Württemberg v. Koblhaas bittet im Namen seiner Regierung um Annahme des Blum'schen Antrages. Denn die Gemeinderichte seien nur ein Theil einer umfassenden Institution der Gemeindegliederung; sie hätten auch die freiwillige Gerichtsbarkeit, das Mahn- und Executionsverfahren, und sie haben stets befriedigende und anerkannte Leistungen aufzuweisen gehabt. Die Regierung wünscht die Erhaltung schon aus organisatorischen Gründen, weil diese Gerichte viele Sachen entschieden hätten, die nunmehr von ordentlichen Gerichten entschieden werden müssen.

Nach einem Schlusswort des Referenten Miquel, in welchem derselbe betont, daß mit Annahme des Cuny'schen Antrages alle Bundesstaaten das Recht erhielten, derartige Institutionen bei sich einzuführen, schließt die Debatte. Der Antrag Blum mit dem Amendement Cuny wird angenommen. — Nächste Sitzung Montag.

### Panitz, 20. November.

Der zweite Tag der Justizdebatte nahm die Mitglieder des Reichstages reichlich sechs Stunden in Anspruch und führte im ersten Theile der Sitzung zur En bloc-Akklamation der Civilprozessordnung, zu der auch der Justizminister Leonhardt seine Zustimmung erklärt hatte. Derselbe bezeichnete als das Charakteristische des Entwurfs, welcher schon in erster Lesung als ein Meisterwerk bezeichnet wurde, die Durchführung des Prinzips der Mündlichkeit in einer Schärfe, wie dies sonst noch nirgends gesehen. Die Erklärungen des Ministers wurden von dem Hause mit lebhafter Zustimmung aufgenommen, welcher der Abg. Hänel noch besonders Ausdruck verlieh. Selbst die Sprecher der Ultramontanen erklärten die Zustimmung ihrer Fraktion zur En bloc-Akklamation, wenn sie auch an Einzelheiten noch Manches zu mäkeln fanden. — Bei der dann folgenden Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes rief der Justizminister für kurze Zeit große Sensation durch die Ankündigung eines eigenthümlichen Interpretationskunststückes hervor; doch beilegte er sich, durch eine weitere Erklärung den Zwischenfall selbst wieder beizulegen. Der Schwerpunkt der weiteren Debatte lag in den geforderten Garantien für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Richterstandes. Der sächsische Justizminister Abeken trat der Annahme dieser Bestimmungen in das Gerichtsverfassungsgesetz entschieden entgegen und reclamirte dieselben ausschließlich für die Landesgesetzgebung. Den gleichen Standpunkt nahm der bairische Justizminister v. Fäustle ein. Dagegen wies der Abg. Miquel überzeugend die Competenz der Reichsgesetzgebung nach und der Abg. Gneist kennzeichnete die betreffenden Bestimmungen unter lebhaftem Beifall des Hauses als die unerlässliche Grundlage der Justizgesetze, ohne welche dieselben werthlos seien. Die Vorschläge der Commission wurden denn auch mit großer Majorität angenommen, ein Antrag Windthorst auf Ausschließung des Richterstandes von allen Ordensverleihungen aber abgelehnt.

Knobloch ist wieder da. Er hat an die konservativen Blätter aller Nuancen ein lithographirtes Schreiben gerichtet, die Blätter der „deutschen konservativen“ Partei haben dasselbe aber gar nicht abgedruckt; nun erbarmt sich die „Post“ des Landraths von Samter und gewährt ihm Gerechtigkeit. Es war den bisherigen zum Zwecke der Erzielung anderer Wahlen von den Konservativen betriebenen Parteigründungen schon recht, daß sie bei den Abgeordnetenwahlen eine Niederlage erlitten; warum gingen sie nicht auf den Vorschlag des Herrn Landraths ein, eine Partei Bismarck sans phrase, eine „Partei Knobloch“ zu gründen? Herr v. Knobloch meint, so eine Wahl Niederlage liege oft an einer Kleinigkeit, jetzt habe sie an dem Namen „Deutschkonservative“ gelegen. Er hält seinen Freunden mit Recht vor, daß der Name „Konservative“ für sie gar nicht passe; sie wollten ja die jetzigen Gesetze gar nicht conserviren, sondern sie beseitigen. Der Herr Landrath hat einen andern Namen erfunden, unter welchem die reactionären Absichten nach seiner Ansicht bei Weitem besser reussiren würden: die bisherigen Konservativen sollen sich einfach „die Rechte“ nennen. Wir haben aber so viele Nuancen nach jener Seite, daß man auch im Falle der Annahme zweifelhaft sein würde, wo denn eigentlich die rechte „Rechte“ zu finden ist.

Auch in anderen konservativen Kreisen scheint man der Ansicht zu sein, daß eine Namensänderung etwas helfen würde. Selbst auch die doppelte Buchführung, die man eingeführt hatte, indem man hier als „deutschkonservativ“ und dort als „Wirtschaftsreformer“ sich bezeichnete, hat nichts geholfen. Es sind doch gar zu wenige auf den Leim gegangen, man hat im Volke hinter der Maske die reactionären Absichten erkannt. In einer Versammlung von Berliner Conservativen hat darum Herr Niendorf den Wunsch ausgesprochen, daß die Bezeichnung „konservativ“ ganz verschwinde, dieselbe sei schon „am Spul genorden.“ Auch er hat einen neuen schönen Namen ausgedacht, welcher in Zukunft als Lockspeise ausgehängt werden soll. Es ist das „der hiesige Namen „Reformpartei“, oder, da das „deutsch“ doch auch noch ein wenig ziehen kann, noch besser „Deutsche Reformpartei.“

Die Pforte hat wirklich ihre Einwilligung zu der Konferenz gegeben, England hat ihr dieselbe abgeprägt. Daß England dies gethan, ist ein Beweis dafür, daß man dort, wenn möglich, den Ausbruch des Krieges vermeiden, Disraeli's Säbelgerassel wieder gut machen will. Die Pforte setzt selbst aber wenig Hoffnung auf die Konferenz, mehr noch auf ihre Rüstungen. Die Truppenbewegungen nach der Donau werden jetzt mit großer Eile betrieben, bis Ende dieser Woche soll die türkische Donau-Armee auf 150 000 Mann gebracht werden. Man glaubt, daß die Pforte auf etwas mehr als auf die Defensiv bedacht ist, daß sie daran denkt, der russischen Invasion zuvorzukommen. Es soll der Plan bestehen, die türkische Armee in der Gegend von Kalafat die Donau überschreiten zu lassen und den Krieg auf rumänisches Gebiet hinüberzuspielen. Einmal scheint man sich dadurch vor einer neuen Erhebung in Bulgarien schützen zu können, und weiter glaubt man dadurch den Consequenzen eines rumänisch-russischen Allianz-Vertrages, wenn ein solcher wirklich besteht, zu begegnen, im gegenseitigen Falle aber, wenn schon auf eine Kooperation der rumänischen Armee mit der türkischen nicht zu rechnen ist, Rumänien dem russischen Zwange zu entziehen. Man will türkischerseits rasch handeln, auch die Herbeischaffung zahlreicher Pontons und Brückenequipagen spricht dafür, daß die Pforte für den Kriegsfall ernstliche Offensivanstalten treffe.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt ohne Commentar: Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Pforte den fremden Postschiffen die Einfahrt in den Bosporus und in die Dardanellen zeitweilig untersagt. Daß die Pforte den Postschiffen die Einfahrt während der Nachtzeit untersagt hatte, wurde bereits vor Kurzem gemeldet. Art. 11 des Pariser Vertrages bestimmt, daß das schwarze Meer der Handelsmarine aller Nationen geöffnet sein solle, ist aber die Schifffahrt auf dem Bosporus frei, so muß auch der Zugang geöffnet sein. Die Pforte verleiht also den Pariser Vertrag, durch den in sie das europäische Staatenconcert aufgenommen wurde, Rußland würde also willkommene Handhaben erhalten, die letzten drückenden Fesseln jenes Vertrages abzuschütteln.

Nach Berichten aus Odesa hofft man in Rußland, daß die russische Seemarine, die eine Stärke von etwa 250 000 Mann haben soll, bis zum 1. Dezember ihre Aufstellung am Bruthof so ziemlich vollzogen haben wird. Zwischen dem 1. und 10. Dezember wird dann der Kaiser Alexander in Bessarabien erwartet, um eine Truppeninspektion abzuhalten und die Truppen durch das Schauen des Czars zu begeistern. Sollten die Türken die Absicht ausführen, die Initiative durch einen Angriff auf Rumänien zu ergreifen, so würde wohl dies unterbleiben müssen; denn die Pforte hat immer noch einen Vorsprung in ihren Rüstungen.

General Totleben ist am Schwarzen Meere die Rolle zugetheilt, welche an den Küsten der Nord- und Ostsee im Kriege von 1870/71 Vogel v. Falkenstein zufiel; Totleben ist zum Chef der Verteidigung des gesamten litorale des Schwarzen und Asow'schen Meeres ernannt. Er hat eine Reise auf der Linie Odesa-Diebstakoff-Sebastopol-Kertsch angetreten, um die geeigneten Punkte für Errichtung von Batterien zu ermitteln. Namentlich stark befestigt sollen Eupatoria und Inzernmann werden. Das dem General Totleben zu unterstellende Corps soll 50 000 Mann betragen.

Zm russisch-kaukasischen Militärbezirk wird gleichfalls mobilisirt. Alle Kosaken des Transkaukasus haben Befehl bekommen, sich marschbereit zu halten. Doch wird behauptet, die zwei vom Kaukasus gestellten Armeecorps werden zu rein defensiven Zwecken verwendet werden, da eine Action auf türkisch-asiatischem Gebiete nicht beabsichtigt wird.

Im russischen Polen sollen unter der katholischen Landgeistlichkeit eine Menge Verhaftungen vorgenommen sein, auch der Bischof in Schitomir in Volhynien soll in der Nacht vom 12. zum 13. plötzlich gefangen gesetzt sein. Man will eine Menge compromittirender Schriftstücke mit Beschlag belegt haben und einer großen Conspiration auf der Spur sein. Nach unseren Nachrichten sind die Polen im russischen Weichsellande augenblicklich in so gedrückter Stimmung, daß sie an einen Putsch jetzt nicht denken. Man scheint sich aber in Rußland auf alle Fälle den Rücken decken zu wollen, indem man Ursachen zu einer Verhängung des Belagerungszustandes sucht.

Eingebrocht ist den Polen die neue Verfolgung durch ihre Brüder, die polnischen Emigranten, die einzigen Landsknechte unserer Zeit, nachdem das Reiselaufen in der Schweiz nicht mehr Sitte ist. Die Formation von polnischen Kosakenregimentern in der Türkei ist in vollem Gange. Das Commando über dieselben soll der bekannte Langiewicz übernehmen. Aus Westeuropa, namentlich aus der Schweiz, sind mehrere Hunderte von Polen in Rußland eingetroffen, die aber sämmtlich auf Offiziersstellen Anspruch machen.

Rußland hat, da alle Versuche zu Anleihen im Auslande scheiterten, eine Subscription auf 100 Mill. Rubel 5procent. Bankbills ausgeschrieben und der amtliche „Regierungsanzeiger“ spricht die Hoffnung aus, daß sie in allen Schichten der Bevölkerung Beifall finden werde. — Das officiöse Journal de St. Petersburg spricht in seiner neuesten Nummer nach einem Telegramm die Hoffnung aus, daß die Türkei unter dem Druck der Mächte den an sie gestellten Forderungen nachgeben werde. Die militärischen Rüstungen Rußlands seien keine Bedrohung des Friedens, vielmehr ein schweres Opfer, welches das Kaiserreich sich auferlege, um die Wohlthaten des Friedens zu sichern und die Christen zu schützen. Wenn aber der Krieg unvermeidlich werde, so würde die russische Nation denselben um so energischer unterstützen, da er erst der Erschöpfung aller friedlichen Versuche folgen würde.

### Deutschland.

2. Berlin, 19. November. Die erwartete Anwaltsordnung ist noch nicht erschienen, man scheint sich mit dem Abdruck des Entwurfs um so mehr Zeit zu lassen, als man sich überzeugt hält, daß im Laufe dieser Session deren möglichst früher

Abschluß im Dezember wegen der nahen Neuwahlen dringend erforderlich ist, die Angelegenheit doch nicht mehr zum Austrag gebracht werden kann. Ueberdies hat es sich bereits herausgestellt, daß hinsichtlich der Grundzüge der Anwaltsordnung seitens verschiedener Bundesstaaten mancherlei Wünsche geltend gemacht werden, welche auch für die Vorarbeiten der Bearbeitung, also zunächst für die Arbeiten des Bundesrathes noch manche Weiterungen in Aussicht stellen. Somit ist es als sicher anzusehen, daß die Ergänzungsgesetze der großen Justizvorlagen, welche also das Anwalts- und das Kosten-Wesen betreffen die nächste Session des Reichstages beschäftigen werden. Hiernach ist zu ermeßen, daß auch der Termin des Inkrafttretens der Justizgesetze wohl noch beträchtliche Zeit dauern möchte, da es feste Absicht ist, dieselben erst nach ihrem in allen Theilen erfolgten Abschluß perfect werden zu lassen.

„Er. Maj. Schiff „Elisabeth“ hat am 6. d. Madeira verlassen. — „Er. Maj. Torpedoschiff „Zieten“ ist am 17. d. in Kiel außer Dienst gestellt.

— Der schlesische Provinziallandtag tritt am 29. November in Breslau zusammen.

Schroda, 18. November. Nach amtlicher Mittheilung ist bei der anderweiten Wahl im hiesigen 7. Wahlkreise (Schrimm-Schroda) Dr. Roman o. Kosmierowski mit 10 740 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden.

### Schweiz.

Bern, 16. November. Der Bundesrath hat das Budget fertig beraten. Die Zahlen sind jedoch noch nicht genau zusammengestellt. Das Deficit soll etwas über eine Million betragen. — Der Bundes-Commissar von Bavier ist mit einer Tessiner Deputation, bestehend aus Vertretern beider Parteien, hier angelangt.

— 18. Nov. Zwischen den Tessiner Delegirten ist auf dem Boden der bundesrathlichen Vorschläge betreffend den Tessiner Verfassungs-Conflikt eine Verständigung erzielt worden.

### Frankreich.

Versailles, 18. Novbr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte der Deputirte Lodozy (radical) die Regierung über die Verbindung einer privaten Zusammenkunft von Deputirten der Syndicatskammern. Der Minister des Innern erwiderte, in den Syndicatskammern selbst könnten die diesbezüglichen Interessen discutirt werden, eine Versammlung von Delegirten der Syndicatskammern aber würde ein kleines Parlament darstellen, welches die Regierung nicht dulden könne, da außerhalb der verfassungsmäßigen Vertretung keine weitere Vertretung existiren dürfe. — Anlässlich der Discussion des Budgets für das Justizministerium klagte der Deputirte Talandier über die Strenge, welche die Regierung gegen die republikanische Presse übe, während sie die reactionäre ungekraft lasse. Der Conseilpräsident Dufaure erwiderte, die Gesellschaft müsse gegen die schlechten Leidenschaften geschützt werden, welche zuweilen von einem Theile der Presse gefördert würden. Die Regierung werde die bestehenden Gesetze aufrecht erhalten und die Behörden würden ihre Pflicht in der Anwendung derselben gegen Jedermann erfüllen; der Redner wies sodann die Beschuldigung der Parteilichkeit zurück. Talandier erwiderte, man müsse, wenn man die Gesetze des Kaiserreichs wieder einführen wolle, auch das Kaiserreich wieder herstellen. Der Zwischenfall blieb ohne weitere Folge. (W. Z.)

### Spanien.

Madrid, 18. Nov. In der heutigen Sitzung des Congresses erklärte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß die spanische Regierung durchaus nicht geneigt sei, das Blut der Söhne Spaniens aus Veranlassungen, welche nicht die nationale Ehre Spaniens berühren, zu opfern.

### Italien.

Rom, 17. Nov. Die amtliche Zeitung veröffentlicht die Ernennung von zehn neuen Senatoren. Unter denselben befinden sich General Ravalli, Prof. Moleschott, der Director des Besund-Observatoriums Palmieri, sowie die Präfecten Vargoni, Zini, Barbesono und Gravina. Die übrigen neu ernannten Senatoren sind ehemalige Mitglieder der Deputirtenkammer. (W. Z.)

### Rußland.

\* Nach den nunmehr vorliegenden Original-Berichten russischer Blätter lautet das gegen Stroussberg ergangene Urtheil des Moskauer Bezirksgerichts vollständig: „Auf Grund des Geschworenen-Verdicts hat der Gerichtshof festgestellt: Den preussischen Unterthanen und St. Petersburg Kaufmann erster Gilde B. S. Stroussberg, 52 Jahre alt, nach Anerkennung aller ihm in Rußland zustehenden besonderen, persönlichen und Standesrechte und Privilegien, in's Ausland zu verweisen, mit dem Verbot der Rückkehr in den Bereich des russischen Reichs; wenn aber nach eingeholter Erkundigung derselbe in seinem Vaterlande nicht aufgenommen werden kann, ihn, unter Anerkennung der oberrückten Rechte, zum Aufenthalt in's Plone'sche Gouvernement zu verweisen mit dem Verbot, den ihm angewiesenen Wohnort während der Dauer von 4 Jahren zu verlassen. — Die von der Liquidations-Commission gegen Stroussberg angeforderte Forderung, bis zu 1/4 der angegebenen Summe als der Befriedigung unterliegend, anzuerkennen. — Da nach genauem Ermittlungen das Vermögen Stroussberg's, Poljansk's und Landau's nicht hinreicht, um den durch ihre verbrecherischen Handlungen entstandenen Verlust zu decken, so werden die Prozeßkosten aus dem Vermögen von Borissowski und Schumacher gedeckt, soweit solches nicht durch vorerwähnte Ansprüche absorbtirt ist. — Diese Resolution erhält am 16. November Gesetzeskraft.“

### Türkei.

Konstantinopel, 18. Novbr. Der heute stattgehabte außerordentliche große Rath hat beschlossen, den von der englischen Regierung beantragten Zusammentritt einer Konferenz anzunehmen. Die Minister Midhat Pascha und Savfet Pascha sind zu Bevollmächtigten für diese Konferenz ernannt worden. — Die Veröffentlichung des Gesetzes über das ottomanische Parlament wird in Kurzem erwartet. — Chevet Pascha ist nach Philippopolis gefandt worden, um dort von einer Commission abgeurtheilt zu werden.

Aus Ragusa, vom 18. November, wird gemeldet: Der deutsche Demarcationscommissar, Oberlieutenant v. Seebeck, ist hier eingetroffen.



In Alet und Gravosa werden türkische Dampfer zum Transporte Kranker erwartet.

#### Griechenland.

Athen, 18. Nov. Die Deputiertenkammer hat dem Ministerium ein Vertrauensvotum erteilt anlässlich eines Antrages der Opposition, dahin gehend, die Ausreisungsprojekte der Regierung für unzulänglich zu erklären. Dieser Antrag wurde mit 88 gegen 75 Stimmen abgelehnt und die Dringlichkeit der Rüstungen anerkannt. Die Minister und 19 Deputierte hatten sich der Abstimmung enthalten.

#### Amerika.

Newyork, 18. Novbr. Nachrichten aus New-Orleans zufolge hat die demokratische Partei den Republikanern auf deren die Controlierung der Wahlstimmen ablehnende Erklärung erwidert, daß sie keineswegs die Absicht habe, gegen die Gültigkeit der Entscheidungen des gemeinschaftlichen Controlcomitès Widerspruch zu erheben. — Gerüchtheile verlauten, in Südcarolina hätten neuerdings Aufständische stattgefunden und es seien zwei öffentliche Beamte bei einer Verhaftung von Schwarzen getödtet worden.

#### Asien.

Kalkutta, 18. November. Nach hier eingegangenen Berichten sind im Südosten von Bengalen durch einen furchtbaren Wirbelsturm (Typhon), der in den letzten Tagen des vorigen Monats dort wüthete, an 120,000 Menschen um's Leben gekommen. Die Regierung hat Anstalten getroffen, um der schwer heimgeuchten Bevölkerung zu Hilfe zu kommen.

#### Aegypten.

Kairo, 13. Nov. Nach einem Telegramm vom vortiehenden Tage bestätigt sich die Nachricht vom Tode des ägyptischen Finanz-Ministers nicht.

#### Danzig, 20. November.

\* Seitens des Landesdirectors ist dem hiesigen Magistrat die Offerte gemacht worden, gegen eine entsprechende Entschädigung die Unterhaltung der im Gebiet der Stadt Danzig liegenden, früher fischalischen Gassen zu übernehmen.

\* Die nächste Sitzung des Provinzial-Ausschusses für die Provinz Preußen ist zum 12. December in Königsberg anberaumt worden.

\* Für die großartigen Anlagen zur Reparatur von Schiffskörpern, mit welchen die hiesige Kaiser-Werft nach ihrem Umbau versehen werden soll, sind jetzt in der Admiralität zu Berlin die ersten Entwürfe gefertigt worden. Demnach werden diese Anlagen aus einem großen schwimmenden Dock, einem Bassin für dasselbe und drei sich anschließenden horizontalen Schlips bestehen. Das ganz aus Eisen construirte Dock soll eine Länge von 98,7 Metern, eine Breite von 34 und eine Höhe von 14,75 Metern erhalten. Der unterste Theil des Dock, der „Ponton“, besitzt eine Höhe von 3,75 Metern; er trägt bei gehobenem Dock dieses und das in demselben stehende Schiff. Auf dem Ponton stehen an den beiden Längsseiten desselben die oben 3,75 Meter und unten 7 Meter breiten Seitenkasten, deren oberer Theil bei vollkommen versenktem Dock wasserfrei bleibt und das versenkte Dock schwimmend erhält. Das Gewicht des fertigen Dock, dessen Herstellung in einem engeren Submissions-Verfahren an eine Privatfirma vergeben werden soll, wird 5500 Tons à 1000 Kilogramm betragen. Es sollen mit demselben Schiffe bis zu 7300 Tonnen Gewicht, d. h. sämtliche Schiffe der deutschen Flotte, mit Ausnahme der Panzerfregatten „König Wilhelm“, „Raifer“ und „Deutschland“, in völlig ausgerüstetem kriegsmäßigen Zustande, in 4 Stunden aus dem Wasser gehoben und der Boden, die Schraube, das Ruder u. s. w. zur Befichtigung und für die Bornahe etwaiger Reparaturen freigelegt werden können. Das neue Bassin wird im Grundriß die Form eines Trapezes mit geraden Längsseiten und einer gekrümmten Schmalseite erhalten. Seine Sohle wird aus einer mit Ziegelfeinen abgeplatteten Betonschicht von 2,2 Meter Dicke bestehen und 4 Meter unter dem mittleren Wasserstande der Weichsel zu liegen kommen. Die an der gekrümmten Schmalseite des Bassins anzubringenden horizontalen Schlips sollen aus drei parallel neben einander liegenden doppelten, eigenen Schlittenbahnen auf granitnen Langschwellen ruhend und durch massive, auf Pfahlroste gesetzte Mauerkörper unterstützt, bestehen. Mittels einer für diesen Zweck eigens construirten Zugmaschine sollen auf den mittleren Schlip Schiffe bis zum Gewicht von 6600 Tons, auf die beiden seitlichen Schlips bis zum Gewicht von 3300 Tons aufgeschleppt werden können.

\* Heute Mittags versammelt sich hier die Mehrzahl der Mitglieder der westpreussischen Fraction des Provinzial-Landtages in Gemeinschaft mit einigen anderen Vertrauensmännern, um über eventuell zu unternehmende weitere Schritte in der Provinztheilungs-Angelegenheit zu beraten.

\* Traject über die Weichsel. [Nach dem Ausgange auf dem hiesigen Bahnhof.] Terespol-Gulm: per Kahn bei Tag und Nacht; Warlubien-Graubenz: per Kahn bei Tag und Nacht; Gernwinst-Marienwerder: per Kahn bei Tag und Nacht.

\* Aus Dtsch. Eylau berichtet man verschiedenen Provinzialblättern, daß auf telegraphische Anweisung die Eisenbahn-Arbeiten an der Strecke Montowo-Soldau eingestellt seien. Um Mißverständnissen zu begegnen, bemerken wir, daß die Anweisung zur Einstellung der Erdarbeiten lediglich in Rücksicht auf den tiefen Stand des Thermometers erteilt ist. Die „höhere Weisung“, von welcher man hierbei spricht, ist dieses Mal zwar nicht aus der Luft „gegriffen“, wohl aber „aus der Luft gekommen.“

\* Zur Förderung des Einfühlungsgefühls der Zweithaler- und Eintrittelhalter-Stücke (zu ersten gehören auch die österreichischen Gepräge) soll den Verkehrsanstalten die Annahme dieser Münzen während der Einfühlungsfrist, d. i. bis zum 15. Februar 1877, gestattet sein. Zur Annahme verpflichtet sind sie jedoch nicht.

[Theater.] Morgen wird zum Benefiz des dienstthuenden Regisseurs und bewährten Darstellers, Herrn A. Gilmereich das ältere Wiener Volksstück „Therese Krones“ gegeben. Der Beneficiant selbst spielt die Rolle des Dichters und Schauspielers Raimund. Die Ueberrahme der Titelrolle durch Frau Director Lang verleiht der Vorstellung ein besonderes Interesse.

[Musikalisches.] Sonntag, den 26. d. Mts., am Todtenfeste, gelangt im hiesigen Stadttheater das große Requiem von Mozart, für Soli, Chöre und Orchester, vom à capella-Kirchenchor zu St. Marien, unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Janlewitz, zur Aufführung.

\* [Selonke's Theater.] Auch an dieser Bühne wurde am vergangenen Sonnabend der Anfang mit halben Preisen gemacht und zwar recht erfolgreich. Das Theater war sehr gefüllt. Zur Aufführung kam das Volksstück „die Fieber des Musikanten“ von Kneifel. Der Preis des Abends fiel Herrn Justmüller zu, der den Musikanten sehr hübsch spielte. Auch die übrige Darstellung war recht verdienstvoll und wurde von dem Publikum sehr gut aufgenommen. — Die geistige Vorstellung kann dagegen nur als mißlungen bezeichnet werden, weil die Stücke nicht genügend vorbereitet waren.

\* Aus allen Gegenden der Provinz wird jetzt bittere Klage über die schnelle Fäulnis der Kartoffeln geführt. Auf einzelnen Gütern sollen schon hunderte von Scheffeln Kartoffeln durch Fäulnis verdorben sein; im Allgemeinen soll fast die Hälfte der Ernte daran zu Grunde gehen. Um der Fäulnis möglichst entgegen zu treten, empfiehlt die „Land- und forstwirtschaftl. Ztg.“ die Mieten recht kühl zu halten, was aber bei plötzlich eintretendem starken Frost wieder in anderer Richtung bedenklich sei.

— In Folge Uebertragung entbehrlicher Richterstellen sind bei folgenden Gerichten neue Stellen errichtet worden: vier bei dem Kreisgericht in Berlin, drei bei dem Kreisgericht in Bismarck, zwei bei dem Kreisgericht in Bromberg, Dortmund, Duisburg, Thorn und Bielefeld. D. Schl., eine bei den Kreisgerichten in Essen, Hagen, Gießen, Altona, Straßburg (Westph.) Cassel und Emden und eine bei den Kreisgerichten in Charlottenburg und Bielefeld.

— Da die baldige Befetzung dieser Stellen erfolgen soll, so giebt das Just. Minist. B. denjenigen Justizbeamten, welche sich um dieselbe bewerben wollen, die schleunige Einreichung ihrer Gesuche nach Maßgabe der allgemeinen Verfügung vom 20. März 1874 anheim.

\* In Stettin wurde kürzlich der auch in Danzig bekannte gefährliche Einbrecher Detert verhaftet und sollte in voriger Woche durch einen Gensdarm nach Greifswald transportirt werden, um dort wegen einiger Einbrüche dem Untersuchungsrichter Rede zu stehen. Obwohl D. fest in Ketten geschlossen worden, gelang es ihm doch, seinem Transporteur zu entpringen. Seine Ketten fand man, — wie ein Augenzeuge uns berichtet, der am Sonnabend von einer Reise durch Pommern zurückkehrte — am nächsten Morgen an einem Baume hängen, und zwar mit einem Zettel versehen, auf welchem der Verbrecher mit großer Schrift die ironischen Worte geschrieben hatte: „Eilt nach Greifswald.“

\* [Polizeibericht.] Verhaftet: der Arbeiter D., weil er aus dem Pferdehals in Bastion D. des 1. Escadron 1. Leib-Jülicher-Regiments 2 Pferdehals gestohlen hat; die Arbeiterfrau S. und deren Sohn wegen schweren Diebstahls; der Arbeiter K. und die Witwe K. wegen Diebstahls; der Fleischergehilfe D. wegen großen Unfugs und Widerstandes gegen einen Beamten im Dienst.

Gestohlen: dem Kaufmann S. durch die Frau E. ein Kopschuh im Werthe von 12 M.; dem Bäcker B. ein Jagdgewehr, eine Mühle mit 12 M. Wutter; dem Handelsmann G. ein Zinkweimer; der Witwe B. eine Wilm-Mühle und ein weißes Taschentuch ges. M. B. aus J. S.; der Bäckerfrau B. in Vangehuh von der verlockenden Bodenstammer ein Deckbett in weiß und blau gestreifter Einfräntung.

Am 13. d. vernichtete der Arbeiter R. durch unglückliches Lärmen auf der Straße R. Wolke einen Volksanlauf; der Zimmerburche Sch. aus Schillingen selbe gerieth am 11. d. Abends mit dem Fuhrmann B. auf der Straße in Schlicht in Streit und brachte dem B. drei Messerschnitte in den Kopf bei. Der Verletzte hat die Bestrafung des Sch. beantragt.

Am 19. d. Morgens 7 Uhr entstand in dem seit 14 Tagen unbenutzten Pferdehals des Grundstücks Langgarten No. 61 auf bisher unermittelte Weise Feuer, welches den Bodenbelag des Fußbodens theilweise zerstörte. Vor Ankunft der Feuerwehre hatten die Hausbewohner bereits das Feuer gedämpft.

Verloren: Eine Geldtasche mit 23 Sgr. 6 Pf. und ein Pfandchein über einen Sommer-Lobesberger.

Gefunden: Am 19. d. in der Langgasse eine Geldtasche mit 50 Pf.

Da seit längerer Zeit keine weiteren Erkrankungen am Flecken-Typhus vorgekommen sind, so ist diese Krankheit als erloschen anzusehen und wird heute zum letzten Male ein Typhuskranken-Rapport im Polizeiberichte veröffentlicht.

Typhuskranken-Rapport.

Am 20. November 1876.

Männer. Frauen. Personen.

Bestand des vorigen Rapports 9 2 Summa 11

neu dazugekommen . . . 5 1 " 6

als geheilt entlassen . . . 5 1 " 6

gestorben . . . 1 1 " 2

jetziger Bestand 4 — Summa 4

\*+ Marienburg, 19. Novbr. Gestern fand in dieser Saison die erste gefällige Zusammenkunft der Mitglieder unserer Liedertafel und deren Damen statt. Der Vereinsvorsitzende begrüßte die Erschienenen in herzlicher Weise und theilte bei dieser Gelegenheit mit, daß der Verein im verfloßenen Jahre um 69 Mitglieder gewachsen sei und nur 15 verloren habe, so daß der eigentliche Zugang immer die respectable Zahl von 54 Personen nachweist. Später gelangte das musikalische Programm zur Abwicklung, in welches auch mehrere der bei dem Königsberger Sängersfeste gelungenen Lieder aufgenommen waren. Den Schluß des Abends bildete das unvermeidliche Tanzen, welches die Anwesenden bis nach Eintritt der zweiten Frühstunde zusammenhielt. Wir können nicht umhin, hieran noch die Bemerkung zu knüpfen, daß der Verein unter der gegenwärtigen Leitung des weit über unsere Stadt hinaus geschätzten Cantors Graubowski sowohl an Leistungsfähigkeit als an musikalischer Beziehung gewonnen hat, als auch in seinem inneren, das sociale Leben betrießenden Organismus bedeutend erflakt ist, und wir wollen wünschen, daß dieser erfreuliche Fortschritt weiter und weiter zu constatiren sein möge. — Am heutigen Nachmittage wurden die für die Fortbildungsschule angemeldeten Lehrlinge behufs ihrer Aufnahme vom dem Dirigenten der Anstalt geprüft. Einige Schwierigkeit soll das Beschaffen der erforderlichen Lehr- und Vermittlung verursachen. Die von einer Seite zu diesem Zwecke hergegebenen ca. 50 Mark erweisen sich natürlich nicht als ausreichend. Man hofft, zum Theil wenigstens, auf die Hilfe der Stadt. — In nächster Zeit wird der jetzige Commandeur unseres Bezirks-Commandos, Oberst A. D. Schönmann, mit Pension in den Ruhestand treten. Als Auerkennung für die dem Vaterlande geleisteten Dienste ist demselben der Rothe Adlerorden 3. Klasse verliehen worden. Zu seinem Nachfolger ist der jetzige Commandeur des Bezirks-Commandos in Br. Holland bestimmt. Ebenso erwartet man einen Wechsel in der Person des Adjutanten schon in der nächsten Zeit. Auch der Director der Landwirthschaftsschule, Dr. Steppan, wird mit Schluß des Wintersemesters seine hiesige Stellung verlassen, um eine gleiche in Greifswald zu übernehmen. — Der Vorsteher der hiesigen Fortifications-Forstschätzungs-Classe, ist zum Reichungsrath ernannt worden.

C. Stuhm, 19. Novbr. Die für Sonnabend bestimmte gewesene Abnahme des neuen Vorflut-Canals bei Usznitz, zu welcher sich auch der Regierungs-Präsident v. Flottwell und der Geh. Varrath Schmidt aus Marienwerder eingefunden hatten, konnte nicht er-

folgen, da das Werk wegen eingetretener Hindernisse nicht rechtzeitig fertig zu stellen gewesen ist.

Marienburg, 19. Novbr. In der gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten gab der Magistrat dem Collegium von einem Schreiben des zum Director unserer städtischen höheren und mittleren Mädchenschule gewählten Herrn Dr. Bökel aus Danzig Kenntniß, in welchem Dr. B. eine besondere Garantie für die Einnahme aus dem Lehrerinnen-Seminar verlangt. Da Dr. B. nachgewiesen hatte, daß er in Danzig bereits ein Einkommen von 3600 M. jährlich beziehe, beschloß die Versammlung auf den Antrag des Magistrats, Herrn Dr. B. eine Neben-Einnahme aus dem Lehrerinnen-Seminar von 600 M. jährlich zu garantiren. (M. B. M.)

Z. Elbing, 19. Novbr. Nachdem wir sehr lange Zeit gänzlich von Feuerstrahlen verschont geblieben, folgt jetzt ein Schadenfeuer auf das andere. In der letzten Nacht brannten bald nach Mitternacht die Hintergebäude des hiesigen Gasthofs „Hotel de Berlin“, Remisen und Stallungen vollständig nieder. Der schnell erscheinende Feuerwehrgelag es nur, den Brand auf diese Hintergebäude selbst zu beschränken. Leider ist aber bei diesem Feuer noch ein ernstes Unglück zu beklagen. Der zusammenstürzende Seitengiebel des Stallgebäudes begrub einen der mit Viehverrichtungen beschäftigten Oberfeuerwehrmänner und hat ihm so schwere Quetschungen beigebracht, daß er, obgleich sofort in die städtische Krankenanstalt gebracht, dem Morgen nicht mehr erlbt hat. Es ist dieses das erste Menschenopfer, welches der neu organisirte Feuerwehrrath fordert.

\* Elbing, 19. November. Zwischen dem hiesigen Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung schwelte eine Differenz darüber, ob der Stadtverordnete Steppan, welcher vom Magistrat gegen eine kleine Remuneration zum städtischen Richter ernannt war, noch ferner Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung sein könne. Der Magistrat verneinte diese Frage, die Stadtverordneten-Versammlung bejahte sie. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde nun mitgeteilt, daß sowohl die Kgl. Regierung zu Danzig als der Oberpräsident dem Magistrat beigetreten seien, indem sie es als feststehend betrachteten, daß der städtische Richter ein besoldeter Gemeindebeamter sei.

\* Aus Westpreußen wird der „Germ.“ berichtet, daß der Strafanklags-Beistellte Wajelewski aus Posen. Erone auf die ihm angebotene Pfarre zu Lauenburg, aus Gesundheitsrücksichten verzichtet habe. „Im Interesse der Wahrheit“ glaubt der Correspondent der „Germ.“ constatiren zu müssen, daß in dem Schreiben, mit welchem Herr Wajelewski die an ihn seitens des Oberpräsidenten gestellte Anfrage beantwortet hat, seine Weigerung enthalten war, die etwa eine Anerkennung der Wajelewski involvirte. An Gegereien gegen Herrn W. hatten die Ultramontanen in Lauenburg bereits das Möglichste geleistet. — Bezüglich der jetzt wieder stark grassirenden Auswanderung nach Brasilien wird dem genannten Blatte ferner berichtet, daß im Frühjahr noch eine bedeutend größere Anzahl Arbeiter aus Westpreußen sich nach Brasilien begeben wolle. Daß an dieser Massen-Auswanderung natürlich nur die „Liberale“ Schuld find, verweist sich für die Correspondenten der „Germ.“ von selbst.

\* Auch in unserer Provinz mehren sich jetzt die Zahlungs-Einstellungen in auffälliger Weise. Aus Elbing soll der Kaufmann E. mit Hinterlassung bedeutender Zahlungs-Verbindlichkeiten verschwunden sein. Aus Oststadt berichtet man von der Zahlungs-Einstellung einer namhaften Firma, deren Inhaber mittlerweile mit Hinterlassung einer zahlreichen Familie das Weite gesucht und bei einem gut situierten Freunde in London ein Asyl gefunden hat. Leider hinterläßt der Flüchtling eine Menge gefälschter Wechsel, deren bis jetzt festgestellter Betrag auf circa 35 000 M. sich beläuft. Wechsel im Betrage von ca. 50 000 M. sollen noch im Umlauf sich befinden und nimmt man an, daß auch diese gefälscht seien. Fast sämtliche Kaufleute in Oststätt sind bei dieser Katastrophe in Mitleidenschaft gezogen worden. — In Königsberg ist der beantragte Concurs über das Vermögen des Gründers der Bismarckstraße, Bau-Unternehmers Störmer, vom Stadgericht wegen Mangels an Activmasse abgelehnt worden.

\* Königsberg, 19. Novbr. Der hiesige Magistrat hat nunmehr für das erste Quartal des nächsten Jahres ein besonderes Staatsaufgestellt gefertigt. Danach werden für das erste Quartal im Ganzen 13 6815 M. gebraucht, während nur 25 595 M. einkommen sollen, so daß durch Communalsteuer nur 1281 220 M. aufzubringen sein werden. — Nach der „S. Z.“ hat eine hiesige Caviarhandlung gestern bereits ihr Geschäft vorläufig schließen müssen, da es ihr wegen Einstellung des russischen Güter-Verkehrs an Waaren-Zufuhr mangelte. — Wäglich der Begnadigung des russischen Hochstaplers Klafatschoff erfährt dieselbe Zeitung, daß das Gericht erster Instanz in seinem Bericht sich gegen die Begnadigung, das ostpreussische Tribunal sich für Umwandlung der Gefängnis- in Geldstrafe ausgesprochen hatte. Es erfolgte aber die Begnadigung ohne die Letztere. — Am Freitag nahm hier der 53-jährige Kahnfahrer Fröse in Folge zerrütteter Familien-Verhältnisse sich das Leben, indem er von seinem Kahne sprang.

Δ Osterode, 18. November. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung der von der Seminarfrage nach der Friedrichstraße führenden Straße den Namen Blumenstraße, der bisherigen langen Hinterstraße, welche von der Wasserstraße nach der evangelischen Kirche führt, den Namen Kirchstraße, der kurzen Hinterstraße, welche auf das Schloß einmündet, den Namen Ritterstraße beizulegen. — An Stelle des aus dem Magistrats-Collegium ausgeschiedenen Gerberei-Besizers Wehl wurde der Kreis-Physikus Dr. Kleeberg zum unbesoldeten Rathsherrn gewählt. — In den nächsten Tagen trifft hier eine bedeutende Anzahl von Bahnbeamten ein, welche nun hier stationirt werden.

Bartenstein, 18. Nov. Auf dem kürzlich stattgehabten Kreistage wurde u. A. beschloffen: Zur Vervollendung der Chaussee Friedland-Gerdauen, sowie zum Ausbau der Chaussee Bartenstein-Schönbrunn-Deutsch-Wilten vier Jahre hindurch die dreimonatliche Grund-, Gebäude-, Klassen- und Gewerbesteuer evtl. vom Hausrathgewerbe aufzubringen, unter der Voraussetzung, daß 3/5 der nachgewiesenen Bankosten von der Provinz dem Kreise als Zuschuß gewährt werden, und in der Hoffnung, noch die Prämie von 5000 Thlr. pro Meile nach dem Regulativ vom 1. Juli 1854 zu erhalten.

\* Heilsberg, 18. November. Heute hatten hier 15 katholische Geistliche der Umgegend vor den Schranken des Kreisgerichts zu erscheinen, um sich wegen Vergehens gegen die Wajelewski, verübt durch Vornahme von Amtshandlungen in der erledigten Pfarrei Roggenhausen, zu verantworten. Das ergangene Urtheil ist noch nicht bekannt.

\* Gumbinnen, 18. Nov. Auch hier herrscht gegenwärtig die Mafersn-Epidemie in so hohem Grade, daß beispielsweise von den 29 Schülern der Vorbereitungsklasse unseres Gymnasiums 19 an dieser Krankheit darniederliegen.

Memel, 18. Nov. Unsere am vergangenen Sonnabend landespolizeilich abgenommene Hafenbahn ist bis jetzt dem Betriebe leider noch nicht übergeben. Es ist dies um so bedenklicher, als seit Eintritt des Frostwetters bereits mehrere Schiffe darauf warten, ihre Ladungen auf die Bahn überführen zu dürfen. Eine längere Verzögerung der Inbetriebnahme würde auf unser Verhäftsleben äußerst ungünstig einwirken, weshalb sich unser Vorsteheramt der Kaufmannschaft veranlaßt sah,

den Handelsminister telegraphisch um schleunige Genehmigung zur Benutzung der Bahn zu ersuchen.

\* Bromberg, 19. November. Der von dem hiesigen Oberbürgermeister Boie eingereichte Entlassungs-Antrag ist vorgelesen von der Stadtverordneten-Versammlung in einer außerordentlichen geheimen Sitzung angenommen worden.

Vermischtes.

\*\* Stettin, 19. Nov. Nach den der „S. B. Z.“ zugegangenen Mittheilungen wird die Liquidationsquote des „Baltischen Lloyd“ mindestens 47 pCt. betragen.

— Wie dem „S. C.“ aus Wien geschrieben wird, bereitet man dort die Aufführung der „Walfire“ bereits für den Monat Februar vor. Die Inszenirung wird, besonders was Costüme, Waffen u. anlangt, ganz ähnlich der von Bayreuth sein, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß Wagner selbst die Einführirung leiten wird.

Königsberg (Neumark), 16. Novbr. Die schon mehrmals in Aussicht genommene Eröffnung des Personenverkehrs auf der Strecke Cistritz-Königsberg ist heute endlich erfolgt. Der gestern, am 15., beabsichtigte Eröffnung war die landespolizeiliche Erlaubniß verlag. Erst einer nochmaligen Befichtigung der Bahn am 15. ist die Genehmigung gefolgt. Von heute an werden mit den beiden zwischen Cistritz und Königsberg verkehrenden Güterzügen Personen befördert.

Wien. Francesconi, der Mörder des Briefträgers Guga, ist in der am 16. stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung des meuchlerischen Raubmordes schuldig befunden und zum Tode durch d. n. Strang verurtheilt worden. Francesconi ist der Sohn eines verstorbenen italienischen Oesteren; seine Mutter und seine Schwester leben noch in Florenz. Nach seiner Angabe hat er in kurzer Zeit ein Vermögen von 20000 Gulden an der Börse verspielt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 18. Novbr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine fest. — Roggen loco und auf Termine fest. — Weizen 7er November-December 126 1/2 1000 Kilo 209 Br., 208 Gd., 7er April-Mai 126 1/2 220 Br., 219 Gd. — Roggen 7er November-December 1000 Kilo 161 Br., 160 Gd., 7er April-Mai 169 Br., 168 Gd. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rübsöl still, loco 74, 7er Mai 200 1/2 74. — Spiritus unverändert, 7er 100 Liter 100 1/2 7er November-December 100 1/2 7er April-Mai 44 1/2, 7er Mai-Juni 44 1/2. — Kaffee fest, Umlauf 5000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 22 50 Br., 22 00 Gd., 7er November 22 00 Gd., 7er November-December 22 25 Gd. — Wetter: Nebel.

Bremen, 18. Novbr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 22 00, 7er December 22 00, 7er Januar 22 25. Ruhig.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 20. November.

Weizen loco behauptet, 7er Tonne von 2000 1/2 feingelagert u. weiß 130-136 1/2 212-220 1/2 Br. hochmalt . . . 129-135 1/2 208-212 1/2 Br. hellbunt . . . 127-132 1/2 205-210 1/2 Br. 184-213 bunt . . . 125-131 1/2 200-205 1/2 Br. 1 bez. roth . . . 128-131 1/2 196-203 1/2 Br. ordinair . . . 117-134 1/2 180-200 1/2 Br.

Regulirungspreis 126 1/2 Lant lieferbar 210 1/2 Auf Lieferung 7er November 212 1/2 Br., 7er April-Mai 217 1/2 bez.

Roggen loco fest, russischer theurer, 7er Tonne von 2000 1/2 170 M. russ. 161-165 M. 7er 120 1/2 bez.

Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 165 1/2 Auf Lieferung 7er April-Mai 170 1/2 Br.

Gerste loco 7er Tonne von 2000 1/2 große 116 1/2 160 M. kleine 107 1/2 142/143 M.

Weizen loco 7er Tonne von 2000 1/2 156 M. Hafer loco 7er Tonne von 2000 1/2 156 M. Petroleum loco 7er 100 1/2 (Original-Tara) ab Kautschwasser 26 M.

Auf Lieferung 7er December 26 40 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20 1/4 Br., 20 1/4 gem., 4 1/2 1/2 Br. Consolidirte Staats-Anleihe 103 1/4 Gd. 3 1/2 1/2 Br. Staats-Schuldenscheine 92 90 Gd. 3 1/2 1/2 Br. Westpreussische Pfandbriefe, ritterchaftlich 81 90 Gd., 4 1/2 1/2 do. do. 92 85 Gd., 4 1/2 1/2 do. do. 101 40 Br., 5 1/2 1/2 Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99 50 Br. 5 1/2 1/2 Kommercielle Hypotheken-Pfandbriefe 100 00 Br. 5 1/2 1/2 Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101 25 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 20. November 1876.

Getreide-Börse Wetter: gestern und heute Frost, gestern klare, heute trübe Luft. Wind: Süd.

Weizen loco wurde heute zu behaupteten Sonnenabendspreisen gekauft, doch war die Stimmung und besonders am Schluß des Marktes ruhig. Gehandelt wurden 270 Tonnen und ist bezahlt für Sommer-131 1/2, 132 1/2, 200, 201, 202 M., blaupreisig 129 1/2 192 1/2 M. 13 1/2 184 M., bezogen 132 1/2 203 M., russischer 120 1/2 184 M. 123 1/2, 124 1/2 1/2 auch bezogen 190, 192 M., hellfarbig 124 1/2 207 M., glatt etwas bezogen 130 1/2 2 9 M., hellbunt 128, 130 1/2 209, 212, 213 M., glattig 131 1/2 208 M., 129, 133 1/2 211 M., alt 131 1/2 weiß 220 M. 7er Tonne. Termine höher gehalten, November 212 M. Br., April-Mai 217 M. bez. Regulirungspreis 210 M. Gefündigt 50 Tonnen.

Roggen loco inländischer unverändert, 127 1/2 177 M., 128 1/2 178 M., russischer theurer, 119 1/2 160 1/2 M., 12 1/2 162 1/2 M., 122 1/2 164 M., schöne Qualität 123 1/2 168 M., 127 1/2 172 M. 7er Tonne bezahlt und wurden 100 Tonnen gekauft. Termine April-Mai 170 M. Br. Regulirungspreis 165 M. — Gerste loco kleine 106 1/2, 107, 109 1/2 108 nach Qualität 142, 143 M., große 114 1/2 158 M., 116 1/2 160 M. 7er Tonne bezahlt. — Weizen loco 156 M. Bobnen 161 M. 7er Tonne bezahlt. — Hafer loco brachte 156 M. 7er Tonne in schöner inländischer Qualität. — Spiritus loco wurde zu 50 M. 7er 10 000 Liter pCt. verkauft.

Schiff-Börse.

Reisefahrer, 18. Nov. Wind: D. Geselegt: Fremdschiff, Otten, Boston, Holz. — Ceres, Poelmann Suttonbridge, Holz. — W. J. Taylor (SD.), Kroll, Memel, Ballast.

19. November. Wind: OSD. Geselegt: Gerhard, Riehm, Albernberg; Edel Catharina, Meiner, Hartlepool; Andrea Johanna, Nielsen, Kopenhagen; Alwine, Treub, Kopenhagen; Johanna, Jahn, Esvendborg; Nereid, Whitteman, Portsmouth; sämtlich mit Holz. — Hermanns Wider, Waslander, Reval, Wein und Gitter. — Hoffnung, Demmen, Hamburg, Leinfaat.

20. November. Wind: OSD. Nichts in Sicht.

Meteorologische Beobachtungen.

Thermometer Stand in Par. Fahren. im Freien.

Wind und Wetter.

19 12 341,72 — 3,6 S. mäßig, hell, klar.

20 8 338,04 — 6,3 SED., mäßig, bezogen.

12 337,59 — 3,8 SED., mäßig, bewölkt.



Der Weihnachtsausverkauf in allen Abtheilungen meines Lagers beginnt wie alljährlich den 1. December.

Druck und Verlag von H. W. Rafeman  
Danzig.  
Gierzu eine Beilage.



# Beilage zu No. 10054 der Danziger Zeitung.

## Danzig, 20. November 1876.

Danzig, 20. November.

\* Der Capitän zur See Kinderling ist von dem Commando als Befehlshaber der 2. Matrosen-Division entbunden und Capitän zur See Kühne an seine Stelle getreten. Die Maschinen-Unter-Ingenieure Gebhardt-Bauer und Ehrenkühn sind zu Maschinen-Ingenieuren und die Obermaschinen-Ferler und Ahmann zu Unter-Ingenieuren bei der kaiserlichen Marine ernannt.

\*\* In den öffentlichen Sitzungen des hiesigen Polizei-Gerichts vom 14. und 17. d. M. kamen 69 verschiedene Untersuchungs-Sachen zur Verhandlung, darunter folgende erwähnenswerthe Fälle: Der mehrfach bestrafte Arbeiter Rudolf Martin Ruh hier hat, als er wegen Widerseßlichkeit und ungehörigen Betragens gegen seinen Arbeitgeber arretirt werden sollte, die Flucht ergriffen und diejenigen Personen, die ihn auf der öffentlichen Straße aufhalten wollten, mit einem offenen Messer bedrohte. Mit Rücksicht auf sein reumüthiges Zugeständniß und die Fürsprache seines Arbeitgebers, der ihn als einen sonst fleißigen und folgamen Arbeiter schilderte, wurde Ruh nur zu vier Wochen Haft verurtheilt. Derselbe trat die Strafe sofort an. — Der Fleischergeselle Gustav Adolf Heinrich Lemke aus Heiligenbeil hat am 5. d. M. ohne Veranlassung auf der öffentlichen Straße, Gr. Mühlengasse, hieselbst den ruhig seines Weges gehenden alten Seiler R. K. mit einem zum Schlagen eingerichteten Handeisen angegriffen und gemißhandelt, so daß derselbe stark blutete. In Ermangelung eines Strafantrages und weil der Beschädigte nicht ermittelt worden, wurde gegen Lemke wegen groben Unfugs eingeschritten, derselbe verhaftet und zu der höchsten zulässigen Strafe von sechs Wochen Haft verurtheilt, die er sofort antreten mußte.

[Verichtigung.] In dem Lokal-Artikel in der Sonnabend-Abend-Ausgabe, betreffend die Beschlußnahme des hiesigen Stadtausschusses über Nichtertheilung von Schank-Consenfen, soll es in der vorletzten Zeile heißen: „das Hervorheben (statt Hervorholens) des erwähnten Stadtausschusses Beschlusses“ u. s. w.

### Vermischtes.

\* Die „Times“ veröffentlicht einen neuen Brief Schliemann's aus Mykene, dem wir folgende Stelle entnehmen: „Seit meinem Briefe vom 9. September habe ich die Ausgrabungen mit der größten Energie fortgesetzt, beständig 125 Arbeiter und fünf Wagen mit Pferden beschäftigt und, da das Wetter schön war, vortreffliche Fortschritte gemacht. In der „Schachkammer“, in welcher ich mit zwei Maschinen und 30 Leuten arbeite, finde ich die größte Schwierigkeit beim Hinwegräumen der Hunderte von ungeheuren behauenen Steinen, welche von dem oberen Gewölbe heruntergefallen sind, aber ich hoffe nichtsdestoweniger zuversichtlich, diese Ausgrabung in drei Wochen zu beenden. Die inneren Mauern dieser Schachkammer sind augenscheinlich niemals mit ehernen Platten bedeckt gewesen, wie das Schachhaus von Athen hier und das des Minyas in Orchomenos; es ist weniger kostbar und scheint viel älter als die zwei letzteren. Unter den

alten Töpferarbeiten, die ich in der Schachkammer fand, verdienen die sehr roh modellirten Reiter, die mit beiden Händen des Pferdes Hals halten, besondere Erwähnung.“

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Krankfurt a. M. 18. November. Effecten-Societät. Creditactien 109½, Franzosen 208, 1860er Loose 92¼, Silberrente 52½, Papierrente 48¼, Galizier 159¼, Nationalbank 652. Still.

Amsterdam, 18. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen 7½ Novbr. —, 7½ März 317. — Roggen 7½ März 206, 7½ Mai 209.

Wien, 18. Novbr. (Schlußcourse.) Papierrente 60,40, Silberrente 65,30, 1854r Loose 103,00 Nationalb. 815,00, Nordbahn 1735, Creditactien 138,30, Franzosen 257,50, Galizier 198,50, Kaschau-Oderberger 82,75, Pardubitzer —, Nordwestbahn 119,00, do. Lit. B. —, London 127,50, Hamburg 61,90, Paris 50,35, Frankfurt 61,90, Amsterdam 105,25, Creditloose 157,00, 1860r Loose 108,30, Lomb. Eisenbahn 78,75, 1864r Loose 137,60, Unionbank 48,00, Anglo —, Austria 67,20, Napoleons 10,16½, Dukaten 6,07, Silbercoupons 111,25, Elisabethbahn 137,00, Ungarische Prämienloose 66,70, Deutsche Reichsbanknoten 62,40, Türkische Loose 11,75.

London, 18. Novbr. [Schluß-Course.] Consols 95½, 5½ Italienische Rente 69½, Lombarden 6½, 3½ Lombarden-Prioritäten alte 9½, 3½ Lombarden-Prioritäten neue —, 5½ Russen de 1871 78¾, 5½ Russen de 1872 78¾, Silber 54, Türkische Anleihe de 1865 10½, 5½ Türken de 1869 11, 5½ Vereinigte Staaten 7½, 1885 163¾, 5½ Vereinigte Staaten 5½ fundirte 106, Oesterreichische Silberrente —, Oesterreichische Papierrente —, 6½ ungarische Schatzbonds 77, 6½ ungarische Schatzbonds 2, Emission 75, Spanier 13½, 6½ Bernauer 18, Russen de 1873 80¼, — Aus der Bank flossen heute 69 000 Pf. Sterl. Plakdiscont 1¼ Pf.

Liverpool, 18. Nov. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Middling Orleans 6½, middling amerikanische 6½, fair Dhollera 4½, good Dhollera 4½, good middl. Dhollera 4½, fair Bengal 4½, good fair Broach —, new fair Domra 4½, good fair Domra 5½, fair Madras 4½, fair Bernam 6½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6½. — Flan. Ankünfte billiger. Amerikaner aus irgend einem Hafen alte Ernte November-Lieferung 6½, Januar-Februar-Lieferung 6½/32 d.

Paris, 18. Nov. (Schlußbericht.) 3½ Rente 70,15, Anleihe de 1872 104,25, Italienische 5½ Rente 69,80, Ital. Tabak-Actien —, Italienische Tabak-Obligationen —, Franzosen 521,25, Lombardische Eisenbahn-Actien 158,75, Lombardische Prioritäten 234,00, Türken de 1865 10,95, Türken de 1869 60,00, Türkische Loose 34,00, Credit mobilier 157, Spanier extér. 18½, do. inter. 11½, Suez-canal-Actien 652, Banque ottomane 365, Société générale 512, Credit foncier 735, Egypter 241. — Wechsel auf London 25,16. — Rubig, geschäftlos.

Paris, 18. Novbr. Productenmarkt. Weizen 7½ Novbr. 27,75, 7½ Dezember 28,25, 7½ Januar-Februar 28,75, 7½ Januar-April 29,50, Mehl fest, 7½ Novbr. 61,25, 7½ Dezember 61,75, 7½ Januar-Februar 62,75, 7½ Januar-April 63,75, Kübbel fest, 7½ Novbr. 90,50, 7½ Dezember 91,25, 7½ Januar-April 93,50, 7½ Mai-August 94,50, Spiritus fest, 7½ Novbr. 66,50, 7½ Januar-April 68,50. — Wetter: Trübe.

Antwerpen, 18. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen fest. Hafer unverändert. Gerste sich bess. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 56 bez. und Br., 7½ Novbr. 55½ bez., 56 Br., 7½ Dezember 55 bez., 55½ Br., 7½ Januar 55 Br., 7½ Januar-März 53½ Br. — Fest.

Newport, 18. Novbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 82¼ C., Goldagio 9½, 9/10 Bonds 7½, 1887 115½, Eriebahn 10, Central-Pacific 109¼, Newyork Centralb. 101½. Höchste Notirung des Goldagios 9½, niedrigste 9½. — Waarenbericht. Baumwolle in Newport 12, do. in New-Orleans 11½, Petroleum in Newport 26½, do. in Philadelphia 26, Mehl 5 D. 50 C., Roher Frühjahrsweizen 1 D 35 C., Mais (old mixed) 61 C., Zucker (fair refining Muscovados) 9½, Kaffee (Rio-) 17½, Schmalz (Marke Wilcox) 11½ C., Speck (short clear) 9½ C. Getreidefracht 6.

### Productenmärkte.

Königsberg, 18. Nov. [Spiritus.] Wochenbericht. (v. Portatius u. Grothe.) Spiritus wurde in dieser Woche stärker zugeführt, doch konnten sich Preise behaupten, auf Termine waren Umsätze wegen Zurückhaltung der Abgeber von keinem Belang. Locowaare bedang 51½, 51¼, 51 M., Dezember 51 M., Januar 51¼ M., Februar 51¼ M., März 52¼ M., Frühjahr 54 M. pro 10 000 M. ohne Faß.

Stettin, 18. November. Weizen 7½ Novbr. 210,00 M., 7½ April-Mai 219,00 M. — Roggen 7½ Novbr. 156,50 M., 7½ April-Mai 163,50 M. — Kübbel 100 Kilogr. 7½ Novbr. —, 7½ April-Mai 73,50 M. — Spiritus loco 52,10 M., 7½ Novbr. —, 7½ Dezember 52,60 M., 7½ April-Mai 55,20 M. — Rüben 7½ April-Mai 342,00 M. — Petroleum 7½ Novbr. 24,25 M.

### Butter.

Berlin, 20. Novbr. (Gebrüder Lehmann & Co., Louisenstraße 31.) Die bisherige rege Frage nach feinen und mittleren Sorten hat bereits merklich nachgelassen, weil die Zufuhren schon etwas größer werden, außerdem aber Muz und Schmalz die Consumtion von Butter beeinträchtigen. Geringe Sorten dagegen sind plötzlich knapp geworden und besteht recht lebhafter Begehr dafür bei höheren Preisen. Es hat dies seinen Grund darin, daß Galizien wegen zu hoher Einkaufspreise nach hier nicht abladen kann und Rußland

größere Ankäufe in Galizien zu machen beginnt. — Heutige Notirungen, ab Verfaß-Orte: feine und feinste Mecklenburger 142—150 M., Mittel 135 bis 140 M., Solsteiner und Vorpommersche 135—150 M., Sahnenbutter von Holländereien und Molkereien Genossenschaften 135—143 M., Thüringer 118—120 M., feine 124—130 M., Seffische 120—128 M., Baisische 95—102 M., Schweizer 130—132 M., Pommersche 116 bis 120 M., Bächter 128—134 M., Litzhauer 118 bis 124 M., Hofbutter 130—136 M., Elbinger 112 M., feine 116—120 M., Schleifische: Ratibor 95—108 bis 116—122 M., Trachenberg 118—120 M., Neisse 115 118 M., Ober-Glogau 118 M., Steinau 116 M., Westpreussische 110—115 M., Ostfriesische 138—145 M., Thyrer 95 M., Mährische 103 M., Galizische 92 bis 97 M. an hier.

### Meteorologische Depesche vom 19. Novbr.

Ort.	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C.	Bar.
8 Tharso . . .	—	—	—	—	—
8 Valentia . . .	—	—	—	—	—
8 Harmouth . . .	—	—	—	—	—
8 St. Mathien . . .	—	—	—	—	—
8 Paris . . . . .	760,6	SSW	stille	bed.	12,2
8 Helber . . . . .	757,2	SD	stille	Regen	6,9
8 Copenhagen . . .	766,6	SSD	stark	bed.	3,0
8 Christianlund . .	762,6	SD	mäßig	klar	7,4 1)
8 Sapparanda . . .	768,3	W	leicht	bed.	— 8,4
8 Stockholm . . .	773,3	S	leicht	bed.	— 1,6
7 Petersburg . . .	775,5	NNW	stille	klar	— 17,2
7 Moskau . . . . .	766,9	NNW	leicht	bed.	— 9,6
7 Wien . . . . .	765,8	N	stille	bed.	— 4,7
8 Memel . . . . .	775,7	SSD	mäßig	heiter	— 10,5
8 Neufahrwasser . .	773,2	SSD	schwach	h. bed.	— 5,8
8 Swinemünde . . .	767,8	SSD	frisch	Dunst	— 0,6 2)
8 Hamburg . . . . .	764,4	SD	schwach	bed.	— 4,8 3)
8 Sylt . . . . .	761,5	SD	mäßig	Nebel	— 4,3 4)
8 Grefeld . . . . .	760,2	SSD	frisch	Regen	— 7,0
8 Cassel . . . . .	765,1	SSD	stille	wolkig	— 7,2
8 Carlsruhe . . . .	764,5	—	stille	Regen	— 2,8 5)
8 Berlin . . . . .	766,7	SD	stille	bed.	— 4,5 6)
8 Leipzig . . . . .	767,3	SSD	stille	bed.	— 6,3 7)
8 Breslau . . . . .	769,1	SD	stark	bed.	— 0,4

1) See ruhig. 2) Nachts Regen. 3) Nebel. 4) Dichter Nebel. 5) Nebel. 6) Gestern Nebel und Regen. 7) Abends regnerisch.

Im nordwestlichen Rußland und östlichen Deutschland ist das Barometer gestiegen, sonst überall gefallen, besonders in Nord-Schweden und in den Niederlanden. Das barometrische Maximum hat sich südöstlich fortbewegt und liegt heute in Litanen, mit ihm ist auch das Kältegebiet vorgebrungen. In ganz Nordost-Europa herrscht strenger Frost bei meistens heiterem Himmel. Ueber ganz Mittel-Europa weht eine südöstliche Luftströmung, welche an den Küsten größtentheils mäßig bis stark auftritt, und das Wetter ist fortwährend trübe und vielfach regnerisch, im südlichen Deutschland und an der westlichen Küste mit starken Nebeln. Nachrichten aus dem Westen fehlen.

Deutsche Seewarte.



Die Eigenthümer der im I. Polizei-Revier gelegenen Grundstücke werden nach der Polizei-Verordnung vom 26. Mai 1863 § 3, betreffend „die Revision der Contracte über die Reinigung der Schornsteine“, hierdurch aufgefordert, die mit den Schornsteinfegermeistern abgeschlossenen Contracte dem Unterzeichneten innerhalb 14 Tagen im Bureau der Feuerwehr (Stadthof) vorzulegen.

Danzig, den 16. November 1876.  
Der Brand-Director.

## Befanntmachung.

Der Concurß über das Vermögen des Fräul. **Rafel Herrberg** ist durch Schlussvertheilung beendet.

Pr. Stargardt, den 15. Novbr. 1876.  
Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Der Commissar des Concurßes. (4837)

## Befanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 15. November 1876 ist heute die in Pr. Stargardt errichtete Handelsniederlassung des Kaufmanns **Eduard Schrader** ebenfals selbst unter der Firma

**Eduard Schrader** in das diesseitige Firmen-Register unter No. 214 eingetragen.

Pr. Stargardt, den 16. November 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

(4838)

## Concurß-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht zu Culm.

Erste Abtheilung.

Culm, den 17. November 1876,  
Mittags 12 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Wolff Eulau** zu Briesen ist der kaufmännische Concurß im abgelassenen Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 20. September 1876 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Bürgermeister v. Gossmann in Briesen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 4. December 1876,

Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 5 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Rath Weigenmüller an bestimmten Termine ihre Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 1. Januar 1877 einschließlich dem Gerichte oder dem Ver-

walter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concurßmasse abzuliefern. Pfandhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken und Anzeigen zu machen. (4852)

## Unterricht im Gesange und Clavierspiel.

Nach längerem Aufenthalte in dem Stern'schen Conservatorium der Musik zu Berlin, beabsichtigen wir hier in Danzig genau nach den Principien des genannten Instituts Clavier-, Gesang- und theoretischen Unterricht zu ertheilen.

Außerdem richten wir eine Elementar-Clavier-Klasse ein, in welcher Anfänger, Knaben und Mädchen vom 7. Jahre ab, in den Nachmittagsstunden Unterricht empfangen und zwar: 2 Mal wöchentlich je eine halbe Stunde Solos-Clavierspiel, eine halbe Stunde Zusammenspiel und eine Stunde Theorie. Das Honorar für diese Klasse beträgt monatlich acht Mark.

Gute Zeugnisse des Herrn Prof. **Stern** stehen uns zur Seite. Unsere Wohnung ist Heiligegeistgasse 101.  
**Margarethe Misohke,**  
**Johanna Misohke.**

## Von höchster Wichtigkeit

für alle Herren Schifferherren, Schiffswalter, Schiffscapitaine, Schiffsbauer, Kaufleute, die Consulate u. s. w.

da der Termin für Vermessung der Schiffe bald abläuft,

ist die vom hohen Reichskanzler-Amt herausgegebene Sesselsammlung, betreffend die Registrierung u. Vermessung der Deutschen Kauffahrteischiffe;

nebst lithogr. Zeichnungen, Berechnungstabellen u. Preis für 1 Exempl. gebunden Mark 3.

Vorwiegend in Danzig in

**L. Saunier's Buchhandl.,**  
**A. Scholnert, Langgasse 20.**

Frod. Garbeneschen-u. Weißbuden-Höhlen u. Nuabholz, prima Birken-u. Fichten-Klobenholz, frei vor des Käufers Thür, bill. bei **S. S. Röll, Foggenspfahl 37.**

Sprangfläzige Merino-Kammwoll-Büde sind verkäuflich in Regio per Prast.

**Bortram.**

# Auction.

Am Mittwoch, den 22. Nov., 1 Uhr Nachmitt., soll das Brack des Dampfschiffes

„Brancepeth“

aus Hull, wie es am Strande bei Großendorf (Halbinsel Gela) liegt und der noch in demselben befindliche Theil der Ladung Roggen durch den Herrn Strandvoigt in öffentlicher Auction verkauft werden und werden Käufer dazu eingeladen.

Die Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht werden. Erlaubniß zur Besichtigung ertheilen Unterzeichnete bereitwilligst.

**Storrer & Soott,**  
Agenten.

(4788)

**Pianos** zu billigen Preisen, bei mehrjähriger Garantie, empfiehlt  
**Ph. Wiszniewski, 3. Damm 3, part.**

Auf vielfache Anfragen die ergebene Mittheilung, daß mein Weihnachts-Ausverkauf wie alljährlich am 1. December eröffnet wird. Die vorräthigen Modell- und Filzhüte sollen möglichst vorher geräumt sein und werden zu  $\frac{2}{3}$  des bisherigen Preises abgegeben.

(4819)

**L. J. Goldberg.**

## Haus-Verkauf.

Zum freihändigen Verkauf des dem Danziger Bankverein in Ligu. gehörigen Hauses Sundegasse 27/28 ist ein Licitationstermin auf Mittwoch, den 22. November, Nachm. 3 Uhr,

in meinem Bureau Langenmarkt No. 42 anberaumt worden. Die Verkaufsbedingungen sind bei mir jederzeit vorher einzusehen. Die Besichtigung des Grundstücks kann täglich Vormittags von 9—1 Uhr nach Meldung beim Portier erfolgen.

Das Haus ist vor ca. 3 Jahren neu gebaut und mit Wasserheizung eingerichtet; die darin befindlichen sehr geräumigen Parterre-Säle mit Oberlicht eignen sich zu größeren Bureaus für Behörden u. s. w. zum Versammlungsort größerer Gesellschaften vorzüglich aber auch zur Restauration.

Danzig, den 31. October 1876.

**Der Rechts-Anwalt.**  
**Martiny.**

Verkaufe von heute ab von meinem Eisenhammerwerk „Emilien-Grüte“ in Brangschin

Achsen, Reifen, Hufstah. und starkes □-Eisen	11,00 pro Ctr.,
Ringelisen und fein □-Eisen	11,50 „ „
Streichbretter, Schare, Böden u.	12,00 „ „
Pflugstahl, Streichbretter, Stahlschare u.	18,00 „ „
Stahl-Schiffschrauben	17,50 „ „

bei Entnahme von über 10 Ctr. pro Centner 50 % billiger.

Brangschin bei Braust, im November 1867.

**F. Lange.**

**Prima englische Rußkohlen**  
officiren bei sofortiger Abnahme billigt  
**Petzke & Co.,**  
Sundegasse No. 30. (4757)

## Beste engl. Steinkohlen

von vorzüglicher Heizkraft empfiehlt in  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{8}$  Lasten, auch tonnenw. billigt

**Benno Loche,**

Comtoir: Sundegasse No. 65.

In einer größeren Provinzialstadt ist ein reatables Puz- und

**Manufactur-Geschäft,**

am Markt gelegen, vortheilhaft zu verkaufen. Es besteht seit 25 Jahren; Besitzer will sich in Ruhe setzen.

Näh. Auskunft ertheilt in Danzig Hr. F. Herrmann, Vorst. Graben 9. (4860)

## Ein prachtl. Reisepelz

mit Biberbesatz, der einmal nur gebraucht worden, ist zu verl. 1. Damm 17.

Ein gut erhaltenes Coupé (Berliner), eine gut erhaltene Doppelkalesche (Berliner) und einen gut erhaltenen ganz verdeckten Wagen mit Langbaum, auf 4 Doppeldruckfedern empfiehlt

**A. W. Sohr,**  
Danzig.

Vorkäbt. Graben No. 54. (4873)

Auf einem Gute in der Nähe Danzigs wird für 2 Knaben im Alter von 7 und 8 Jahren, sogleich oder zum 1. Januar 1877 ein Hauslehrer gesucht, welcher bis zur Quarta des Gymnasiums vorbereitet. Meld. u. 4883 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Das Grünsd. Bur. von J. W. Bellair empf. sich hiermit zur geneigten Beacht.

## Ein Hauslehrer.

Obersecundaner, mit guten Zeugnissen, sucht vom 1. Decbr. cr. Stellung als solcher.

Gefällige Offerten werden unter 4845 in der Exp. d. Btg. erb.

## Ein Lehrling

mit guten Schulkenntnissen, kann sich melden bei **Gebrüder Engel.**

Verantwortlicher Redacteur **S. Röckner.**  
Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in Danzig.